

2 Das Problem der heutigen Berücksichtigung zukünftiger Generationen

Kapitel 2 widmet sich der vertiefenden Analyse der Problemstellung dieser Forschungsarbeit und besteht aus drei großen Abschnitten. Zunächst werden der Begriff sowie die politikrelevanten Eigenschaften zukünftiger Generationen und deren Implikationen diskutiert. Anschließend werden im zweiten Abschnitt die veränderten empirischen Rahmenbedingungen staatlich-politischen Handelns und damit verbunden das sogenannte ‚Betroffenheitsprinzip‘ als wichtigstes demokratietheoretisches Argument für die politische Repräsentation zukünftiger Generationen erörtert. Hier wird geprüft, inwiefern das Betroffenheitsprinzip tatsächlich auf zukünftige Generationen anwendbar ist. Auch genuin philosophische Diskussionen um intergenerationelle Gerechtigkeit, Rechte zukünftiger Generationen und die Pflicht und Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen werden kurz dargelegt, ebenso wie das wichtigste philosophische Gegenargument gegen die moralische Relevanz zukünftiger Generationen, das sogenannte Nichtidentitätsproblem. Der dritte Abschnitt widmet sich kurz dem Demokratiebegriff und anschließend ausführlicher dem Ansatz der demokratischen Gegenwartspräferenz sowie dessen Implikationen für die heutige politische Berücksichtigung zukünftiger Generationen. Das Kapitel endet mit einer Zusammenfassung.

2.1 ‚Zukünftige Generationen‘

„Damit fruchtbare Theorien entstehen ist es [...] notwendig, dass der Generationenbegriff scharf, zumindest schärfer als bisher, definiert wird“, schreibt Tremmel (2012: 36) in seiner Theorie der Generationengerechtigkeit. Wie sich im weiteren Verlauf des Buches zeigen wird, ist eine scharfe Bestimmung des Begriffs der zukünftigen Generationen tatsächlich sehr wichtig und folgenreich für die weitere Argumentation zur politischen Repräsentation zukünftiger Generationen. Definitionen haben einen erheblichen Einfluss darauf, wie wir ein Problem (hier: das Problem der politischen Repräsentation zukünftiger Generationen) verstehen

und deuten. Der folgende Abschnitt wird sich daher ausführlich mit dem Begriff der zukünftigen Generationen auseinandersetzen. Es folgt eine kurze Diskussion und Abgrenzung der politischen Eigenschaften zukünftiger Generationen, die zur Aporie der Demokratie bezüglich zukünftiger Generationen beitragen. Anschließend werden die Implikationen der vorherigen Abhandlungen für die politische Repräsentation zukünftiger Generationen dargelegt.

2.1.1 Begriffsdiskussion

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit der politischen Repräsentation zukünftiger Generationen erfordert es, zunächst den zentralen Begriff ‚zukünftige Generationen‘ genauer zu bestimmen. In diesem Zusammenhang soll auch kurz auf den Begriff der intergenerationellen Gerechtigkeit eingegangen werden. Zuletzt folgt eine Abgrenzung vom verwandten Nachhaltigkeitsbegriff.

Eine elaborierte, literaturreiche Kritik der geläufigen Generationenbegriffe, ihrer Eignung für den Generationenvergleich und des Konzepts der intergenerationellen Gerechtigkeit findet sich bei Tremmel (2012: 35–63). Diese fruchtbare Begriffsdiskussion soll hier nicht ausführlich wiederholt, sondern punktuell referiert werden mit dem Ziel, geeignete Definitionen für diese Forschungsarbeit zu entwickeln. Etymologisch meint der *Generationsbegriff* ursprünglich die familiären Beziehungen, genauer gesagt die konkrete Abstammungslinie (Eltern-Kinder-Kindeskind etc.) (Tremmel 2012: 37–38). Aus politikwissenschaftlicher und philosophischer Sicht ist diese Begriffsdefinition hier nicht geeignet, weil damit Kinderlosen kein Bezugspunkt gegeben wird und man ihnen keine unmittelbare Verantwortung zuschreiben kann. Geläufig ist zudem die *gesellschaftliche Generation* (auch soziologische oder historische Generation), in der benachbarte Geburtenjahrgänge eine kollektive Identität aus dem „Gefühl der gleichartigen Betroffenheit durch eine geschichtliche oder gesellschaftliche Situation“ heraus entwickeln (Tremmel 2012: 40). Diese Art des Generationenverständnisses geht auf Karl Mannheims einschlägigen, zweibändigen Aufsatz ‚Das Problem der Generationen‘ zurück (Mannheim 2009 [1928]: 121–166). Auch dieses soziologische Verständnis ist für die Zwecke dieser Forschungsarbeit nicht geeignet, denn wie sollen zukünftige Generationen eine kollektive Identität entwickeln?

Die dritte Art der Generationen sind *chronologische Generationen*, die sich über ihr Geburtsjahr, also ihr Alter, voneinander abgrenzen (Tremmel 2012: 45). Der Begriff wird noch einmal differenziert in chronologisch-temporal und chronologisch-intertemporal. *Chronologisch-temporale Generationen* meinen i.d.R. Altersgruppen, sodass nach diesem Verständnis mehrere Generationen zur gleichen Zeit existieren (Tremmel 2012: 45f.). Ihre Abgrenzung ist mehr oder weniger willkürlich; häufig umfasst eine Generation in Anlehnung an die Altersdifferenz zwischen Mutter und Kind ca. 30 Jahre (Tremmel 2012: 46; Rohbeck 2013: 122). *Chronologisch-intertemporal* ist mit ‚Generation‘ hingegen „die Gesamtheit der heute lebenden Menschen“ gemeint, sodass es zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehrere, sondern nur eine Generation gibt (Tremmel 2012: 46).

Wenn also von der ‚Verantwortung gegenüber *zukünftigen Generationen*‘ im Wortsinn des Wortes ‚zukünftig‘ die Rede ist, ist das chronologisch-intertemporale Verständnis anwendbar. So schreibt auch Tremmel (2012: 51), „[z]ukünftig“ wird eine Generation genannt, wenn sie zum Zeitpunkt des Sprechaktes eines Angehörigen einer lebenden Generation noch nicht existiert“.

Aber auch, wenn man an einem chronologisch-temporären Generationenbegriff festhalten möchte, lässt sich von „zukünftigen Generationen“ sprechen: Mit Rohbeck (2013: 122–123) formuliert wird dann von zukünftigen Generationen gesprochen, wenn „alle Mitglieder der [chronologisch-temporären] Generation in der Zukunft geboren werden. Alle [chronologisch temporären] Generationen, aus denen jetzt noch ein Mitglied lebt, sind damit gegenwärtige Generationen, die sowohl in die Vergangenheit als auch in die Zukunft hineinreichen“.

Außerdem impliziert der gebräuchliche Begriff ‚zukünftige Generationen‘ als Plural mehrere zukünftige Generationen. Wie sich diese voneinander unterscheiden, ist hier aber noch nicht explizit definiert. Wählt man ein chronologisch-temporales Verständnis würde sich der Generationenabstand an dem Altersabstand zwischen Eltern und ihren Kindern orientieren (Rohbeck 2013: 122). Abgeleitet aus einem chronologisch-intertemporalen Generationenbegriff würde es hingegen als sinnvoll erscheinen, den Endpunkt der ersten zukünftigen Generation als eine durchschnittliche Lebensspanne ab dem Zeitpunkt des Sprechaktes t_0 zu definieren.

Mit beiden Generationenverständnissen kann dargelegt werden, dass der zu t_0 verwendete zukünftige Generationen-Begriff nicht nur die unmittelbar nach t_0 Geborenen erfasst, sondern alle nach t_0 Geborenen (z.B. auch jene, die erst nach dem Tod der unmittelbar nach t_0 Geborenen geboren werden). Im Kontext dieses Buches wird also, wie es in der einschlägigen Literatur üblich ist, von zukünftigen Generationen (Plural) gesprochen, womit alle noch-nicht-geborenen Menschen gemeint sind (vgl. z.B. Agius/Busuttill 2013 [1998]; Arrhenius 2010; Beckman 2013; Ekeli 2006; Gosseries 2008; Hubacek/Mauerhofer 2008; Kavka/Warren 1983; Parfit 2008; Thompson 2010 u.v.m.). Es wird sich somit explizit vom Begriff der ‚nachrückenden Generationen‘ abgegrenzt, der neben zukünftigen Generationen auch Kinder als die jüngste kontemporäre Generation im chronologisch-temporalen Sinne miteinschließt (Tremmel 2012: 53). Insgesamt scheint das chronologisch-intertemporale Begriffsverständnis zukünftiger Generationen besser geeignet zu sein, den Unterschied zwischen den heute Lebenden und den heute noch-nicht-Lebenden in den Fokus zu rücken als das chronologisch-temporale Verständnis, da letzteres den Blick auf die Differenzierung der heute Lebenden in mehrere zeitgleich existierende Generationen, und damit bspw. auch auf hier nicht unmittelbar relevante Alt-Jung-Unterscheidungen, lenken würde. Dem chronologisch-intertemporalen Verständnis wird hier daher der Vorzug gegeben, und es wird im Folgenden neben ‚zukünftigen Generationen‘ nicht von ‚heutigen Generationen‘, sondern von ‚der heutigen Generation‘ die Rede sein.

Das chronologisch-intertemporale Verständnis des Begriffs ‚zukünftige Generationen‘ soll auch auf den Begriff der ‚intergenerationellen Gerechtigkeit‘ übertragen werden. *Intergenerationelle Gerechtigkeit* ist dann zu verstehen als “justice between people who lived in the past, people alive today, and people who will live in the future“ (Tremmel 2009a: 22). Theoretisch ließe sich ‚intergenerationelle Gerechtigkeit‘ als Synonym für ‚Generationengerechtigkeit‘ (im intertemporalen Sinne) lesen. Da letztere im Alltagssprachgebrauch aber häufig eine chronologisch-temporale Basis hat (z.B. Gerechtigkeit zwischen Jung und Alt), soll zugunsten einer intuitiveren Lesbarkeit im Folgenden nur noch der hier klar definierte Begriff der intergenerationellen Gerechtigkeit benutzt werden.

Intergenerationelle Gerechtigkeit ist zugleich ein Bestandteil des Nachhaltigkeitskonzepts, wie es von der einflussreichen Brundtland-Kommission verstanden wird. *Nachhaltige Entwicklung* bedeutet demnach, “[h]umanity has the ability to make development sustainable to ensure that it meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs” (WCED 1987: 24). Nachhaltigkeit umfasst in diesem Kontext also sowohl inter- als auch intragenerationelle Gerechtigkeit und beinhaltet damit schon den (potenziellen) Verteilungskonflikt zwischen den zukünftigen Generationen und der heute lebenden Generation, i.e. es wird versucht, beiden (Konflikt)Parteien in einem einzigen Konzept gerecht zu werden. Zum modernen Nachhaltigkeitsverständnis gehören neben der ökologischen auch die ökonomische und die soziale Dimension. In all diesen Dimensionen möchte die Nachhaltigkeit Gerechtigkeit erstens zwischen den Menschen der heutigen Generation (intratemporal, Nord-Süd-Konflikt) und zweitens zwischen den Menschheitsgenerationen insgesamt (intertemporal) ermöglichen, indem auf eine gerechte Verteilung der Möglichkeiten zur Bedürfnisbefriedigung hingewirkt wird. Dieses Buch beschränkt sich auf die theoretische und empirische Erforschung des Repräsentationsaspekts der intertemporalen Dimension der Nachhaltigkeit.

2.1.2 Politische Eigenschaften zukünftiger Generationen und Abgrenzungen

Was macht zukünftige Generationen als zu Repräsentierende so besonders? Zukünftige Generationen verfügen über zahlreiche für politische Berücksichtigung *nachteilige Spezifika*. Sie sind zeitlich nachgelagert, nicht präsent, ohne offiziellen Status und formal machtlos sowie noch nicht individualisiert (Slaughter 1994: 1082; Agius 2006: 319; Streeten 1986: 16). Daher können sie sich nicht selbst Gehör verschaffen und unsere (Nicht-)Beziehung zu ihnen nicht problematisieren. Da sie nicht mit uns in Beziehung treten können, fehlt ihnen jegliche politische Einflussmöglichkeit. Trotzdem sind sie zunehmend von heutiger Politik betroffen. Ihre ‚Nichtverfügbarkeit‘ als eigentlich notwendiger Teil der Repräsentationsbeziehung konstituiert auch die Aporie der Demokratie, die das Konzept der Proxy-Repräsentation überhaupt erst erforderlich macht. Für die heutige Generation bleiben die zukünftigen Generationen abstrakt, sie sind nicht sichtbar

und können nicht beobachtet und befragt werden, auch die genauen Folgen heutiger Politik und die Lebensumstände zukünftiger Generationen sind unterbestimmt. Dieses Problem wird im Kapitel zur demokratischen Gegenwartsprüfung noch vertieft diskutiert werden.

Die Betroffenheit zukünftiger Generationen sowie ihre prinzipielle Repräsentationsfähigkeit setzen voraus, dass sie *Interessen* haben (Feinberg 1980: 167; Kavka/Warren 1983: 24). Interessen sind dabei überzeitlich zu verstehen (Kavka/Warren 1983: 24). Das heißt, Interessen sind zwar abhängig von der Existenz eines Interessenträgers, aber nicht immer von dessen immerwährender zeitlicher Co-Existenz. Die Interessen eines Interessenträgers können u.U. also auch dann betroffen sein, wenn der Interessenträger zum Zeitpunkt der Entstehung des Ereignisses, welches seine Interessen betrifft, nicht existiert, solange er überhaupt in Raum und Zeit existiert. So werden bspw. noch nicht existierende zukünftige Generationen Interessen haben, die heute betroffen sein können.

Doch was sind ‚Interessen‘? Eine Minimalbedingung des Interessenprinzips ist sicherlich, dass die potenziellen Interessenträger Schaden oder Wohl an und für sich selbst erfahren können (Feinberg 1980: 167; Kavka/Warren 1983: 24). Dem Interessenträger kann dann ein Interesse an seinem eigenen Wohlergehen zugeschrieben werden. Freilich könnte man auch argumentieren, dass hinsichtlich dieser Minimalbedingung nicht von ‚Interesse‘, sondern bspw. von ‚Bedürfnis‘ gesprochen werden sollte. Feinberg (1980: 168–169) definiert Interessen über die genannte Minimalbedingung hinaus als die Verbindung von Sehnsüchten und Zielen, die eine Art einfache Überzeugung/Erwartung oder ein rudimentäres kognitives Bewusstsein voraussetzt. Man möchte X, um Y zu erreichen und hat eine Erwartung, dass X zu Y führen könnte (Feinberg 1980: 168f.). Plausibel ist auch Feinbergs Argument, dass diese Interessen im Interessenträger selbst liegen müssen und nicht etwa ausschließlich in einer äußeren Instanz, die ein letztendlich auf sich selbst bezogenes Interesse am potenziellen Konstituenten hat (Feinberg 1980: 167). Die Konstituenten der Proxy-Repräsentation selbst müssen die Interessenträger sein.

Den Interessenbegriff endgültig zu definieren ist nicht Ziel dieses Buches. Eine gewisse Unschärfe erscheint an dieser Stelle als akzeptabel, auch, da eine ausführliche philosophische und sozialwissenschaftliche Diskussion den Rahmen

dieses Buches bei weitem überschreiten würde. Das zukünftige Generationen Interessen haben werden, die in ihnen selbst liegen, und die von heutiger Politik betroffen werden können, wird hier hinreichend plausibel gemacht.

Durch bestimmte Eigenschaften unterscheiden sich zukünftige Generationen von anderen Konstituenten, die heute nicht direkt repräsentiert werden, obwohl sie von heutiger Politik in der Zukunft betroffen sein werden. So sind zum Beispiel *Kinder* ebenfalls politisch benachteiligt, da sie nicht wählen können und noch nicht die nötige Reife besitzen, um ihre Interessen adäquat zu bilden und zu äußern. Nichtsdestotrotz sind sie gegenüber zukünftigen Generationen im Vorteil, weil sie greifbar sind. Man kann emotionale Beziehungen mit ihnen aufbauen und mit ihnen interagieren, sie sehen und fühlen und Eltern, Verwandte, Freunde und die Gesellschaft kümmern sich im Regelfall um sie und können sich mit ihren wohlverstandenen Eigeninteressen identifizieren (vgl. auch Kavka/Warren 1983: 26f.). Ihre Schutzbedürftigkeit wird intuitiv anerkannt. Sie werden daher durch die Wähler und insbesondere ihre Eltern bereits indirekt repräsentiert und auch politisch berücksichtigt, wenn auch wahrscheinlich schwächer als erwachsene Wähler (Kavka/Warren 1983: 27). Kinder existieren, zukünftige Generationen tun dies (noch) nicht.

Eine weitere Gruppe, von der zukünftige Generationen abgegrenzt werden sollen, sind die „*zukünftigen Selbsts*“ der Mitglieder der heutigen Generation. Auch sie sind von den heutigen Regierungspolitiken betroffen, ohne direkt in den diese determinierenden politischen Prozessen repräsentiert zu sein. Kavka und Warren (1983: 28) nennen als Beispiel, dass heutige Repräsentanten ein Sozialversicherungssystem verabschieden, welches Bankrott geht und unsere zukünftigen Selbsts in 30 Jahren ohne Rente hinterlässt. Unseren zukünftigen Identitäten werde geschadet, weil sie heute nicht direkt repräsentiert würden. Natürlich werden sie indirekt über unsere heutigen Selbsts repräsentiert. Dass dies nicht immer ausreiche, liege daran, dass die Menschen die Zukunft meist zu stark diskontieren, spätere (ökonomische) Werte also deutlich geringer schätzten als sofort verfügbare Werte. Ähnlich wie bei Kindern funktioniert diese indirekte Repräsentation aber immer noch besser als bei zukünftigen Generationen, weil man sich i.d.R. mehr um die eigene Zukunft sorgt als um die Zukunft fremder, abstrakter

zukünftiger Generationen. Zudem reichen zukünftige Generationen weiter in die Zukunft hinein als die heutige Generation, sodass zukünftige Generationen per se nicht hinreichend von indirekter Repräsentation durch heutige Wähler bzw. deren Repräsentanten profitieren können. Es gibt einen dritten wichtigen Unterschied: Zukünftige Generationen haben keinen Einfluss auf die heutige Gesetzgebung und sind von dieser betroffen, wohingegen die heutige Generation selbst (kollektiv) Schuld daran trägt, wenn sie ihre eigene Zukunft zu stark zu ihrem eigenen Schaden diskontiert (zu diesem Absatz vgl. Kavka/Warren 1983: 28–30.). Was sind die Implikationen dieser Begriffsdiskussionen und Abgrenzungen?

2.1.3 Implikationen

Im Zusammenhang der Begriffsdiskussion um ‚zukünftige Generationen‘ lässt sich die Frage stellen, ob es analytisch sinnvoll ist, *zwischen der direkt folgenden zukünftigen Generation und den erst später folgenden zukünftigen Generationen zu differenzieren*, oder letztere gar nicht zu berücksichtigen. Jörg Tremmel bezieht sich in seiner Theorie der Generationengerechtigkeit ausschließlich auf den Vergleich zweier aufeinander folgender Generationen mit dem Argument, dass, wenn sich jede Generation um die nächste Sorge, für alle zukünftigen Generationen gesorgt sei (Tremmel 2012: 292). Diese Verantwortungskette Sorge dafür, dass Generation 1 Generation 3 nicht beispielsweise via langfristig mangelhafter Atommüllendlagerung Kosten aufbürde, da dies wiederum Generation 2 unverschuldete moralische Pflichten auferlegen würde, was wiederum unmoralisch von Generation 1 gegenüber Generation 2 sei (Tremmel 2012: 292–293).

Auf die politische Repräsentation zukünftiger Generationen übertragen bedeutet dies, dass nur die unmittelbar folgende zukünftige Generation repräsentiert werden müsste und spätere zukünftige Generationen nur indirekt berücksichtigt würden. Tatsächlich ist wohl in den meisten Fällen allen zukünftigen Generationen gedient, wenn die Interessen der unmittelbar zukünftigen Generation berücksichtigt werden. Pragmatisch-politisch gesehen erscheint es jedoch trotzdem als sinnvoll, den Zeithorizont der ‚Berücksichtigungspflicht‘ nicht von vornherein auf eine folgende Lebensspanne zu limitieren. Die Interessen weit entfernter zukünftiger Generationen ständen sonst in der Gefahr, zu Unrecht aus dem

Blick zu geraten, da die stetige Reflexion der Verantwortungskette für den politischen Alltag wahrscheinlich zu komplex wäre. Zudem müsste man im Falle der ausschließlichen Repräsentation der unmittelbar folgenden zukünftigen Generation den Begriff „zukünftige Generationen“ aus Gründen der Grammatik im Singular verwenden. Dies entspräche aber nicht der in Literatur und Alltag üblichen Verwendung des Begriffs (s. Abschnitt 2.1.2). Es soll daher weiterhin von „zukünftigen Generationen“ gesprochen werden, um, soweit möglich, die Interessen aller betroffenen zukünftigen Generationen zu berücksichtigen. Davon unberührt bleibt die Tatsache, dass sich weit entfernte zukünftige Generationen substantiell schwerer repräsentieren lassen als die unmittelbar folgende zukünftige Generation, da wir über die weit entfernte Zukunft weit weniger wissen und sehr langfristige Politikfolgen kontingent und schwerer abzuschätzen sind. Darauf wird im Abschnitt zur demokratischen Gegenwartspräferenz näher eingegangen.

Was bedeutet die Bindung des Begriffs „zukünftige Generationen“ an t_0 als den Zeitpunkt des Sprechaktes für die *Politik*? Definitorisch sind die heutige Generation und die zukünftigen Generationen hier klar unterschieden. Zum Zeitpunkt t_0 , zu dem die politische Repräsentation zukünftiger Generationen stattfinden soll, überlappen sich die Generationen nicht. Sofort danach überlappen sich die Lebenszeiten der Mitglieder der heutigen Generation und die der unmittelbar folgenden zukünftigen Generation im Regelfall allerdings schon. Aus der Perspektive der Betroffenheit ist ein unmittelbar vor dem Sprechakt (t_0) geborenes Baby von einem kurz nach dem Sprechakt geborenen Baby kaum zu unterscheiden: Beide sind gleichermaßen von derselben Politik betroffen, obwohl sie zum Zeitpunkt t_0 definitorisch unterschiedlichen Generationen angehören (vgl. auch Tremmel 2012: 46ff.). Die Ähnlichkeit wird dabei geringer, je größer die zeitliche Distanz zwischen den Geburten der Individuen ist.

Auch unsere eigenen „zukünftigen Selbsts“, soweit sie existieren werden (wir also nicht zum Zeitpunkt des Sprechakts sterben), werden eine Zeitlang parallel zur unmittelbar folgenden zukünftigen Generation leben. Je nach Politik ist die Betroffenheit der zukünftigen Selbsts der heutigen Generation und der zeitnah nach t_0 geborenen Mitglieder der ersten zukünftigen Generation durch dieselbe

Politik also gleich, stärker oder schwächer. So schränkt eine hohe Staatsverschuldung beispielsweise nicht nur die zukünftige(n) Generation(en) ein, sondern auch die heutige Generation. Es ist daher denkbar, dass zumindest die unmittelbar folgende zukünftige Generation bereits indirekt von der herkömmlichen politischen Repräsentation der heutigen Wähler profitieren kann, soweit diese ihre eigene Zukunft und die ihrer Kinder nicht zu stark diskontieren. Die politische Repräsentation der Interessen der unmittelbar folgenden zukünftigen Generation könnte in einzelnen Fällen so zum *Nebenprodukt*, zum *positiven externen Effekt* der Repräsentation der Interessen der heutigen Generation werden.

Jedoch bleibt selbst in diesen Fällen die *unmittelbar folgende zukünftige Generation* unterrepräsentiert, da deren *genuine* Interessen unter herkömmlichen Repräsentationsregimes (also ohne die direkte Repräsentation zukünftiger Generationen) nicht repräsentiert werden. Selbst wenn sich also in einer Politikfrage die Interessen der unmittelbar folgenden Generation vollständig mit den Interessen von Teilen der heutigen Generation überlappen sollten, würden sie nicht mit dem gleichen Gewicht berücksichtigt werden, als wenn die unmittelbar folgende zukünftige Generation ebenfalls explizit berücksichtigt werden würde. Um *überhaupt* indirekt berücksichtigt zu werden, ist sie darauf angewiesen, dass sich ihre Interessen mit denen der heutigen Generation so weit wie möglich überlappen. Diese Überlappung kann aber nicht vorausgesetzt werden. Auch ergibt sie sich nicht automatisch aus einer möglichen ähnlichen Betroffenheit der heutigen und der unmittelbar folgenden zukünftigen Generation von einer spezifischen Politik.

Um das Beispiel Staatsverschuldung aufzugreifen, tragen die kontemporäre Generation und die zukünftigen Generationen zwar möglicherweise in der Zukunft die gleichen Lasten, doch profitiert je nach Zweck der Kreditaufnahme nur die heutige Generation unmittelbar von den kurzfristigen Vorteilen der Staatsverschuldung (z.B. unmittelbare höhere Ausschüttung von Sozialleistungen, weniger Sozialkürzungen). Die heutige Generation kann diese kurzfristigen Vorteile gegen die mittel- und langfristigen Nachteile aufwiegen und hat tendenziell einen größeren Anreiz, einer höheren Staatsverschuldung zuzustimmen als zukünftige Generationen. Auch sind die zukünftigen Generationen den negativen Effekten der höheren Staatsverschuldung oder deren späterer Behebung durchschnittlich

länger ausgesetzt. Beide Parteien mögen (auch) negativ betroffen sein, ihre Interessen sind trotzdem nicht notwendig die gleichen. Anders gelagert ist der Fall, wenn die Kredite zum Beispiel in langfristige Infrastrukturprojekte investiert werden, von denen zukünftige Generationen genauso profitieren wie die zukünftigen Selbsts der jungen wählenden Bürger.

Später folgende zukünftige Generationen (ab t_1) können hingegen nicht mehr unmittelbar von indirekter Repräsentation durch die Repräsentanten heutiger Wähler profitieren. So ist es beispielsweise vorstellbar, dass heute eine Art der Atommüllendlagerung beschlossen wird, die zukünftige Selbsts und Kinder der heutigen Generation höchstwahrscheinlich nicht gefährden, aber nach z.B. 200 Jahren ein erhöhtes Risiko der Grundwasserverseuchung bergen.

Insgesamt impliziert die hier vorgenommene Begriffsbestimmung nicht, dass alle empirischen Institutionen zur politischen Repräsentation zukünftiger Generationen mit demselben Begriffsverständnis unterlegt sind, das in diesem Kapitel ausgeführt wurde. Zentral für Proxys zur politischen Repräsentation zukünftiger Generation ist jedoch, dass sie auch ungeborene Generationen repräsentieren. Proxys, die sich ausschließlich um Kinder als die jüngste Generation im chronologisch-temporalen Sinne kümmern und/oder einzig die Interessen der zukünftigen Selbsts der jetzigen Wähler berücksichtigen wollen, werden hier folglich nicht berücksichtigt.

2.2 Argumente zur politischen Repräsentation zukünftiger Generationen

Goeffrey Brennan (2007: 277) ist skeptisch, ob die Diskussion um zukünftige Generationen und deren heutige Berücksichtigung tatsächlich relevant ist und schreibt, “one cannot avoid the question as to whether all the talk about discounting might not be dealing with a non-problem, for it is certainly arguable that over the past three centuries or so it has been pretty much routine that each generation has done better than its predecessor”. Auf Brennans Einwand soll in diesem Abschnitt eingegangen werden. Hierfür werden zunächst die empirischen Rahmenbedingungen heutigen menschlichen Handelns diskutiert, die in der einschlägigen philosophischen Literatur als Argumente zum Thema angeführt werden,

um anschließend das demokratietheoretische Betroffenheitsprinzip und verschiedene ethische Ansätze als Argument für die politische Repräsentation zukünftiger Generationen einzuführen und kurz zu bewerten. Die ersten beiden Abschnitte beinhalten dabei auch eine Prüfung der Anwendbarkeit des Betroffenheitsprinzips auf zukünftige Generationen, die eine Voraussetzung der in diesem Buch konstatierten Aporie der Demokratie ist. Zuletzt wird noch das wichtigste philosophische Gegenargument gegen die Berücksichtigung zukünftiger Generationen, das sogenannte Nichtidentitätsproblem, adressiert. Philosophisch weniger interessierte Leser können diesen Abschnitt auslassen.

2.2.1 Empirische Rahmenbedingungen

Geoffrey Brennan (2007) stellt die Debatte um die Diskontierung der Zukunft⁵ und intergenerationelle Gerechtigkeit grundsätzlich in Frage, indem er ihre *Relevanz* mit dem Hinweis auf den intergenerationell steigenden Wohlstand anzweifelt. Überträgt man diesen Einwand auf das verwandte Thema der politischen Repräsentation zukünftiger Generationen, könnte man argumentieren, dass die von heutiger Politik betroffenen zukünftigen Generationen nicht politisch repräsentiert werden müssten, da sie nicht geschädigt würden, sondern vielmehr ‚positiv betroffen‘ seien. Aus Sicht der normativen Demokratietheorie, in die auch das noch näher zu erläuternde Betroffenheitsprinzip einzuordnen ist, kann ein solches Argument freilich nicht überzeugen. Selbst wenn der durchschnittliche Wohlstand kontingenterweise mit der Zeit steigt, bedeutet dies nicht, dass zukünftige Generationen in den diese Entwicklung beeinflussenden politischen Entscheidungen nicht repräsentiert werden sollten. So kann aus demokratietheoretischer Perspektive beispielsweise ein wohlmeinender Diktator nicht durch die Tatsache gerechtfertigt werden, dass er erfolgreich für das Wohlergehen der Bevölkerung sorgt. Ein empirisches Argument kann ein normatives Argument nicht ohne weiteres außer Kraft setzen.

Die Empirie ist aber insofern relevant, als dass die Anwendbarkeit des Betroffenheitsprinzips auf zukünftige Generationen deren empirische Betroffenheit

⁵ Diskontierung meint die schlechtere Bewertung einer zukünftigen Nutzeneinheit gegenüber einer sofort verfügbaren Nutzeneinheit.

von heutigen politischen Entscheidungen voraussetzt. Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass in der Literatur die Forderungen nach der politischen Repräsentation zukünftiger Generationen sowie die Notwendigkeit einer intergenerationalen Ethik auch mit dieser *empirischen* Betroffenheit begründet werden (vgl. bspw. Thompson 2010; Dobson 1996; Tremmel 2009a; Jonas 1984 [1979]; Leggewie 2011; Arrhenius 2010). Wären zukünftige Generationen dabei nur positiv betroffen, wie von Brennan angenommen, würde das die Forderung nach der politischen Repräsentation aus alltagsmoralischer Sicht schwächen, freilich ohne damit das demokratietheoretische Argument als solches in Frage zu stellen.

Doch selbst Brennan relativiert seine These, indem er in einer Endnote schreibt, dass mittlerweile aufgrund von Problemen wie der globale Erwärmung und vielleicht auch verschuldeter Sozialsysteme eine gewisse Skepsis bezüglich zukünftiger Möglichkeiten angebracht sei (Brennan 2007: 284). Diese Skepsis sei zu Beginn der Diskontierungsdebatte vor einigen Jahrzehnten allerdings noch nicht gerechtfertigt gewesen (Brennan 2007: 281, 284). Nichtsdestotrotz wurde der Themenkomplex um intergenerationale Gerechtigkeit und die politische Repräsentation zukünftiger Generationen in der Literatur bereits in den 1970ern wichtig, zum Beispiel in John Rawls Theorie der Gerechtigkeit (1979 [1971]). Hans Jonas begründete seine Zukunftsethik (1976; 1984 [1979]) ebenfalls u.a. mit der Betroffenheit zukünftiger Generationen durch das Handeln der heutigen Generation. Konkret nennt Jonas den modernen, dynamischen wissenschaftlich-technischen Fortschritt in seiner kumulativen Wirkung, der mittels Atomwaffen, ungebremstem Bevölkerungswachstum, Umweltverschmutzung und der Totalerschöpfung des Planeten zu einer globalen Apokalypse der zukünftigen Menschheit führen könne (Jonas 1976: insb. 92, 95–96).

Daran anknüpfend schreibt Dieter Birnbacher (1988: 12) ebenfalls vom menschengeschichtlich jungen *Risiko der totalen Selbstvernichtung* der Gattung Mensch durch Kernwaffen und auch durch chemische und biologische Technologien, die die Menschheit verseuchen oder sterilisieren könnten. Weniger existenziell ist die stark in die Zukunft erweiterte „*technische Verfügungsmacht des Menschen*“, die sich in der globalen Erwärmung und dem wirtschaftswachstumsinduzierten zunehmenden Umgang mit Schadstoffen zeige (Birnbacher 1988: 13).

Auch nehme unser *Wissen* über die langfristigen Risiken unseres (Nicht-)Handelns sowie über mögliche Handlungsalternativen zu (Birnbacher 1988: 13).⁶ „Wissen und Verantwortung sind aneinandergekoppelt und gleichermaßen irreversibel. Sie sind die zwei Seiten derselben verlorenen Unschuld“, schreibt Birnbacher (1988: 13). Konkret wird die stark schrumpfende Waldfläche, die Boden-erosion und der sinkende Trinkwasserspiegel in weiten Teilen der Welt genannt, die zukünftigen Generationen hinterlassen werden (Birnbacher/Schicha 2001: 18). Viele Schädigungen, wie verödete Landschaften, der Klimawandel und die abnehmende Biodiversität, seien irreversibel (Birnbacher/Schicha 2001: 18). Auch Tremmel (2008, 1ff., 220), Leggewie (2011: 26) und MacKenzie (2013: 1–3) teilen die Einschätzung, dass wir seit dem 20. Jahrhundert durch die moderne Technologie das Potenzial haben, das Schicksal der Menschheit und der Natur *irreversibel* zu gefährden. Paul J. Crutzen proklamierte 2002 in der Zeitschrift ‚Nature‘ die Ära des *Anthropozän*, einer geologischen Epoche, die sich durch die Dominanz und globale Wirkkraft des Menschen auszeichnet (Crutzen 2002). Diese Bezeichnung wird mittlerweile häufig aufgegriffen.

All diese globalen Entwicklungstrends hätten zu einer Gewichtsverschiebung von einem optimistischen zu einem pessimistischen Paradigma der Zukunftsethik geführt (Birnbacher/Schicha 2001: 19). Im *optimistischen Paradigma*, das von großen Teilen der Philosophie der Aufklärung, des Marxismus, der liberalen politischen Philosophie und dem ökonomischen Neoklassizismus geteilt werde, werde von einem *autonomen Fortschrittsprozess zugunsten zukünftiger Generationen* ausgegangen (Birnbacher/Schicha 2001: 19). Hier lässt sich auch Geoffrey Brennans Kritik und Tremmels Theorie der Generationengerechtigkeit einordnen, die von „autonomen Fortschrittsfaktoren“ ausgeht, allerdings einschränkend von der heutigen Generation fordert, Katastrophen zu vermeiden und die autonomen Fortschrittsfaktoren in Ruhe wirken zu lassen (Tremmel 2012: 291).

⁶ Andererseits erschwert der schnelle technologische und soziale Wandel heutiges zukunftsorientiertes Handeln, da wir anders als vor wenigen Jahrhunderten, wo sich die Lebensbedingungen nur sehr langsam wandelten, wenig über die Lebensbedingungen zukünftigen Generationen wissen (MacKenzie 2013: 3–4). Dieser Aspekt wird im Abschnitt zur Gegenwartspräferenz näher erläutert.

Das *pessimistische Paradigma* beinhaltet die „Verpflichtung zur Erhaltung des technisch, wirtschaftlich und kulturell Erreichten, zur Schadensvermeidung, zur Minimierung langfristiger Risiken und zur *Vorsorge* gegen zukünftige Katastrophen“, um zukünftige Generationen nicht schlechter zu stellen (Birnbacher/Schicha 2001: 19, Hervorhebung M.R.). Diese Sichtweise herrscht in der ökologischen Ökonomie⁷ und der ökologischen Zukunftsethik vor (Birnbacher/Schicha 2001: 19–20).

Beide Sichtweisen auf die Welt haben empirisch sicher ihre Berechtigung. Die ‚Pessimisten‘ verweisen auf die langfristigen Risiken heutiger Politik und vor allem auch auf ökologische Defizite. Benedek Javor (2009), einer der Initiatoren des ungarischen Ombudsmanns für zukünftige Generationen, verweist auf zahlreiche Studien, die die kontinuierliche Degradation des globalen und europäischen Ökosystems aufzeigen. Er kritisiert, dass die meisten Staaten ihre Klimaschutzziele verfehlt haben, die demographische Krise nicht hinreichend bekämpft wird und nicht nachhaltige Rentensysteme aufrechterhalten werden (Javor 2009: 236). Gardiner (2006) zeigt auf, dass die übliche Kosten-Nutzen-Analyse bei Politiken im intergenerationellen Kontext nicht gut funktioniert, illustriert dies an der Klima- und Atompolitik und fordert die Etablierung des Vorsorgeprinzips. Pellegrino und Di Paola konstatieren im Zusammenhang mit den genannten Problemen ein „episches Governance-Versagen“ (2014: 94, eigene Übersetzung). Diese Kritik hängt auch mit dem Konzept der *Resilienz* zusammen, dem „*next big thing* im Nachhaltigkeitsdiskurs“ (Luks 2013: 124, Hervorhebung dort). Resilienz meint „die Widerstandsfähigkeit, mit der Systeme und Individuen mit Störungen und Belastungen umgehen können“ (Luks 2013: 125). Wie in der Finanz- und Schuldenkrise zu beobachten ist, sind das globale Finanz- und Wirtschaftssystem nicht sehr resilient, was auch auf Kosten der zukünftigen Generationen gehen kann. Eine kurzsichtige Energie-, Ressourcen-, Klima- und Umweltpolitik kann die Resilienz des Ökosystems gefährden (vgl. auch Luks 2013).

⁷ Die ökonomische Debatte zwischen neoklassischer und ökologischer Ökonomie wird in diesem Buch nicht weiter vertieft und nur insofern tangiert, als dass ökonomische Argumente auch in die philosophische Literatur Eingang gefunden haben. Verviesen sei an dieser Stelle auf einen Aufsatz von Bromley (1998) in der einschlägigen Zeitschrift „Ecological Economics“.

Eine höhere Resilienz kann mitunter hohe Investitionen zugunsten der Angehörigen heutiger und zukünftiger Generationen erfordern.

Die ‚*Optimisten*‘ verweisen hingegen auf den stetig steigenden Wohlstand, wie er beispielsweise mit dem Human Development Index gemessen wird (Tremmel 2012: 290). Die ‚autonomen Fortschrittsfaktoren‘ sorgten dafür, dass zukünftige Generationen von den Innovationen und dem Wissen der heutigen Generation profitierten (Tremmel 2012: 289–290). In den letzten 300 Jahren habe es bei allem, was sich zwischen Generationen transferieren lässt, *allgemeinen Fortschritt* gegeben, so beispielsweise beim materiellen Wohlstand und der Lebenserwartung (Brennan 2007: 277–278).

Dies ist im Durchschnitt und auf die westliche Welt bezogen sicher richtig. Allerdings lässt sich dies nicht ohne weiteres universalisieren und extrapolieren, wie nicht zuletzt die Menschheitsgeschichte zeigt (vgl. hierzu auch Lagerspetz 1999: 152–153). Auch der Kalte Krieg hätte zu einem dritten Weltkrieg werden können, der ein immenses Vernichtungspotenzial gehabt hätte. Dass es dazu nicht kam war nur eine (die realisierte) Möglichkeit unter vielen möglichen (wenn auch kontrafaktischen) historischen Verläufen. Zudem basiert das Brennan’sche Argument auf einem anderen Generationenverständnis als dieses Buch. So argumentiert er, dass der Zweite Weltkrieg im Wesentlichen nicht das Resultat inadäquater Handlungen vorangegangener Generationen gewesen sei, sondern von der betreffenden Generation zu ihrem eigenen Schaden verursacht wurde (Brennan 2007: 277). So scheint Brennan nicht von überlappenden Lebenszeiten auszugehen und setzt den Generationenzeitraum so an, dass Ursache und Wirkung in eine Generationenzeitspanne fallen.

Wie auch immer man die Empirie bewertet, bleibt die zentrale empirische Rahmenbedingung heutigen politischen Handelns bestehen, nämlich die Wirkung von politischen Entscheidungen auf die Zukunft, und damit auch auf zukünftige Generationen. Dass diese von heutiger Politik betroffen sein werden, wie auch wir von vergangener Politik betroffen sind, ist unstrittig. Die Anwendbarkeit des Betroffenenprinzips auf zukünftige Generationen ist aus dieser Perspektive also gegeben. Geistes- und Naturwissenschaftler zeigen zudem auf, dass

die tatsächliche und mögliche Wirkkraft menschlichen Handelns auf die Lebensbedingungen zukünftiger Generationen in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen hat.

Auch wenn man auf den Fortschritt und die menschliche Flexibilität hoffen kann, sei es angesichts der Kontingenz der menschlichen Entwicklung mit den Worten von Hans Jonas „gänzlich unverantwortlich“, allein an das „Allvermögen der Wissenschaft“ und einen nicht endenden, immer positive Überraschungen produzierenden Fortschritt zu glauben und auf die Anpassungsfähigkeit des Menschen zu bauen (Jonas 1984 [1979]: 219–220).

Die kausale Wirkung heutiger politischer Entscheidungen in die Zukunft hinein spielt im Übrigen auch für den *Paternalismus-Vorwurf* (Lagerspetz 1999: 154) eine wichtige Rolle. Denn eine politische Repräsentation zukünftiger Generationen ist gänzlich ohne Paternalismus nicht zu haben (Mank 1996: 499). Ob der kontemporären Inexistenz zukünftiger Generationen können nur Mitglieder der heutigen Generation die Interessen zukünftiger Generationen repräsentieren. Allerdings sind zukünftige Generationen nach den oben genannten Argumenten auch dann von heutigen politischen Entscheidungen betroffen, wenn sie nicht in diesen repräsentiert werden. Die heutige Generation entscheidet demnach immer auch für zukünftige Generationen mit. Dies, so könnte man argumentieren, ist nicht weniger paternalistisch als die politische Repräsentation zukünftiger Generationen durch Mitglieder der heutigen Generation. Letztere macht aus dieser Perspektive die Betroffenheit zukünftiger Generationen lediglich explizit und versucht, deren mutmaßliche Interessen im heutigen politischen Entscheidungsprozess zu vergegenwärtigen. Es bleibt demnach die Wahl zwischen einem ‚reflektierten‘ und einem ‚kurzsichtigen‘ Paternalismus (s. auch Rose 2016: 59–60).

2.2.2 *Demokratietheoretische Perspektive: Betroffenheitsprinzip*

In diesem Abschnitt wird das Betroffenheitsprinzip differenzierter vorgestellt und diskutiert als bisher. Unter Berufung auf moderne politische Theoretiker wie Robert A. Dahl, Carol C. Gould, Jürgen Habermas, David Held und Iris Marion Young definieren Nadia Urbinati und Mark E. Warren (2008: 395) in ihrer Abhandlung über das Konzept der politischen Repräsentation *Demokratie* über das

Betroffenheitsprinzip (im Englischen: All-affected (interests) principle): democracy [is] any set of arrangements that instantiates the principle that all affected by collective decisions should have an opportunity to influence the outcome“. Ähnlich schreiben Warren und Castiglione: “Democracy means *empowered inclusion of those affected by collective decisions*“ (2006: 18, Hervorhebung dort). Auch wenn Demokratie und Betroffenheitsprinzip von einigen prominenten Autoren im- oder explizit gleichgesetzt werden, gilt es zu beachten, dass die allgemeine Rolle und die Implikationen des Betroffenheitsprinzips für die Theorie und Praxis von Demokratie und Repräsentation in der ‘scientific community‘ nach wie vor umstritten sind (siehe z.B. Näsström 2011b). Wichtig ist das Betroffenheitsprinzip nichtsdestotrotz nicht nur für die Diskussion über die politische Repräsentation zukünftiger Generationen, sondern auch für die Demokratietheorie im Allgemeinen. Für Anton Pelinka ist das Betroffenheitsprinzip als Abwehr von Fremdbestimmung wesentlicher Bestandteil der grundlegenden Ethik von Demokratie (Pelinka 2009: 188). Auch in der bundesdeutschen Debatte um das Kinderwahlrecht spielt(e) das Betroffenheitsprinzip eine zentrale Rolle (vgl. bspw. Grözinger 1993: 1262–3). Die genannten Autoren können sich mit ihrer Betonung des Betroffenheitsprinzips auf den Leitspruch des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges, ‘No taxation without representation!’ berufen, der die Demokratie in den USA als freie politische Selbstbestimmung konstituierte. Dieser Leitspruch bezog sich historisch freilich nicht auf zukünftige Generationen, sondern auf die Kolonialmacht England, beinhaltete also noch keine explizit intertemporale Dimension.

Thomas Jefferson, der wichtigste Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und spätere dritte Präsident der USA, hatte sich nichtsdestotrotz bereits über die *intergenerationelle Dimension des Betroffenheitsprinzips* Gedanken gemacht. Er wollte den legislativen Einfluss der vergangenen auf die heutige und der heutigen auf die zukünftigen Generationen ganz unterbinden und vertrat in einem Brief an James Madison die Ansicht, dass die Verfassung und alle Gesetze in ihrer Gültigkeit von vornherein immer auf 19 Jahre begrenzt werden sollten, eine Zahl, die er aus Mortalitätstabellen berechnete (Jefferson 1789, vgl. auch Tremmel 2014: 2 (Fn2)). “If it be enforced longer, it is an act of force, and not of right“ (Jefferson 1789), schrieb er am 6. September 1789. Keine Generation solle

Gesetzen unterworfen werden, an deren Entstehung sie nicht selbst beteiligt war. Eine solche strikte und universale ‚*sunset*‘-Klausel würde jedoch in der Regel hohe Unsicherheiten und Instabilitäten für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit sich bringen. Und selbst wenn Gesetze nur für 19 Jahre rechtlich gültig wären, könnten sie Folgen zeitigen, die weit über diesen Zeitraum hinaus wirksam sind. Auch ein jetziger Handlungsbedarf für zukünftige Probleme kann so von vornherein nicht erfasst werden. Eine solche Regelung wäre also kein funktionales Äquivalent für die Berücksichtigung der Interessen zukünftiger Generationen bei heutigen politischen Entscheidungen, die (auch) sie betreffen. Keine Generation baut auf einer Tabula rasa (s. auch Rose 2016).

Wie hier bereits angeklungen ist, lassen sich mit Ludvig Beckman (2013: 779; siehe auch Heyward 2008: 628–629 und Näsström 2011b) idealtypisch *zwei Interpretationen von Betroffenheit* unterscheiden: *Erstens*, „A person is [...] affected by a decision to the extent that it has a *causal effect* on his or her welfare or opportunities“ oder *zweitens*, „the decisions made by governments and legislatures define the entitlements, duties and benefits that *apply to the subjects as a matter of law*“, hier geht es also ausschließlich um die Rechtsordnung, der man rechtlich unterworfen ist (Hervorhebung M.R.).

Die Frage, die durch das Betroffenheitsprinzip je nach Interpretation unterschiedlich beantwortet werden soll, ist die nach dem *Demos* in Demokratie (das sogenannte ‚*Demos-Problem*‘) und den Grenzen des *Demos* (das sogenannte ‚*boundary problem*‘, vgl. Whelan 1983). Wer ist das Volk, das über sich selbst herrschen soll und nach welchen Kriterien soll das ‚Drinnen‘ und ‚Draußen‘ bestimmt werden? Pelinka (2009: 189) schreibt, „die Betroffenheit [wird] zum Kriterium dafür, wer zum Souverän, zum ‚demos‘ gerechnet wird – und nicht eine bestimmte Herkunft“. Tannsjö (2007: 2–3) antwortet, dass alle, die von den jeweiligen politischen Entscheidungen betroffen sind, den jeweiligen *Demos* bilden sollen. Aber was ist hier mit Betroffenheit gemeint? Kausale Wirkung (erste Interpretation) oder rechtliche Bindung (zweite Interpretation)? Thompson (2005: 245) verweist auf die zweite Interpretation, wenn er argumentiert, dass das Prinzip der Volkssouveränität ein Mitspracherecht für jene fordere, die von einem Gesetz gebunden würden. Auch Robert A. Dahl definiert in ‘Democracy and its

Critics‘ das Betroffenheitsprinzip als notwendiges Kriterium für einen vollständig demokratischen Prozess: “[T]he demos should include all adults subject to the binding collective decision of the association“ (Dahl 1989: 120) und bezieht sich hierbei (nur) auf jene, die gezwungen werden, die *Gesetze* einzuhalten (Dahl 1989: 120).

Robert E. Goodin argumentiert jedoch, dass die zweite, legalistische Interpretation des Betroffenheitsprinzips in ihrer Konsequenz ‚fatal unterinklusiv‘ sei (Goodin 2007: 49–50). Die *erste Interpretation* des Betroffenheitsprinzips, nach der alle kausal von politischen Entscheidungen Betroffenen in diesen Entscheidungen berücksichtigt werden sollten, sei hingegen implizit der *normative Maßstab* für die Adäquanz aller Methoden (wie Territorialität, Nationalität, Geschichte etc.), mit denen der Demos tatsächlich konstituiert wird (Goodin 2007: 49). Dieses Betroffenheitsprinzip sei politisch fundamental egalitär und konsonant mit den festen Vorstellungen darüber, was es bedeutet kollektive Entscheidungen demokratisch zu treffen (Goodin 2007: 50–51).

In seinen Ausführungen zum Betroffenheitsprinzip argumentiert er des Weiteren, dass die radikalste Version dieser ersten Interpretation des Betroffenheitsprinzips, nämlich das *“all possibly affected interests principle“*, zugleich die legitimste und kohärenteste Interpretation des Betroffenheitsprinzips sei (Goodin 2007: 55). *“That is, we will have to give a say to anyone who might possibly be affected by any possible decision arising out of any possible agenda“* (Goodin 2007: 55), erläutert Goodin und meint damit auch *“indeed everyone in all possible future worlds“* (S. 55), also zukünftige Generationen. Dies führt freilich zu einer *totalen raum-zeitlichen Entgrenzung* des Demos und schränkt den Raum für legitime Exklusionen vom Demos stark ein (Goodin 2007: 55). Damit ist dieses Prinzip für eine auf territorial definierten Nationalstaaten basierende politische Welt *nicht praktikabel*. Dies erkennt natürlich auch Goodin und schlägt vor, dieses normative demokratietheoretische Ideal mit einer Art Weltregierung oder mit dem internationalen Recht zu approximieren, um betroffenen, aber nicht inkludierten Bürgern oder Völkern die Möglichkeit zu geben, gegen bestimmte politische Entscheidungen Einspruch zu erheben (Goodin 2007: 64–65). Mit seinem Lösungsvorschlag adressiert er allerdings nur die globale, intratemporale Dimension des Betroffenheitsprinzips, nicht aber die intertemporale Dimension mit Bezug auf betroffene

zukünftige Generationen. Das Problem, von heutiger Politik betroffene Konstituenten wie bspw. zukünftige Generationen zu repräsentieren, die anders als im Inland lebende Ausländer und im Ausland lebende Bürger anderer Staaten selbst über keine politische Kompetenz verfügen, nennt Gustav Arrhenius (2010: 11) das *“proxy boundary problem“*.

Es gilt zu betonen, dass die Norm des Betroffenheitsprinzips (erste Interpretation) gegen andere Normen, wie zum Beispiel die Souveränität von Staaten, oder die Regierbarkeit, *abzuwägen* ist. So kann man ob der stark inkludierenden Wirkung der ersten Interpretation des Betroffenheitsprinzips andere Normen und Prinzipien stärker gewichten und sich beispielsweise der *zweiten Interpretation* des Betroffenheitsprinzips zuwenden. Ludvig Beckman, der wohl wichtigste Kritiker der politischen Berücksichtigung zukünftiger Generationen, stellt eine stark exkludierende Version der legalistischen Interpretation des Betroffenheitsprinzips vor, aus der sich nach seiner Argumentation keine demokratietheoretisch begründete Forderung nach der politischen Repräsentation zukünftiger Generationen ableiten ließe (Beckman 2013). Das intuitive Argument, dass eine Rechtsordnung immer auch zukünftige Generationen binde und daher die heutige Generation politische Macht über zukünftige Generationen ausübe, weist er zurück. Das Prinzip der Rechtsnachfolge ist in diesem Verständnis der Zustimmung der diesem Prinzip zu Unterwerfenden unterworfen.

Beckmans (2013) *These* ist, dass die heutige Generation zukünftige, noch ungeborene Personen nicht rechtlich binden könne, letztere also in diesem Sinne nicht von heutigen politischen Entscheidungen betroffen sein könnten. Eine politische Repräsentation zukünftiger Generationen könne demnach sogar den Demokratiegrad eines Landes reduzieren, denn *“in doing that we will reduce the ability of ‘the people’ to rule itself democratically by introducing an asymmetry between rulers (the living and the unborn) and ruled (the living)“* (Beckman 2013: 787).

Beckmans (2013) explizite *Prämisse* für diese These ist, wie erwähnt, eine streng legalistische Interpretation des Betroffenheitsprinzips. Als explizite *Rahmenbedingung* legt Beckman (2013: insb. 783) seiner Argumentation ein Modell liberaler Demokratie zugrunde, in dem die Souveränität beim Volk (der lebenden

Bevölkerung) liegt, welches diese, vermittelt über demokratische Wahlen, durch die *Mehrheit* ihrer politischen Repräsentanten ausübt. Durch die *demokratischen Wahlen* ist die Mehrheit der Repräsentanten zumeist auf die Wahl durch die Mehrheit der Bevölkerung angewiesen. *Einschränkend* fügt Beckman (2013: 783ff.) an, dass die Mehrheit zwar als Souverän das *Recht* habe, sich selbst Gesetze zu geben, doch folge daraus nicht immer die *Möglichkeit*, dies auch zu tun. Mit dem Recht der Mehrheit, als Souverän die Gesetze zu ändern, gehe nicht das Recht auf die *Mittel* für die Gesetzesänderung einher. So könnten praktisch für Verfassungsänderungen *qualifizierte* Mehrheiten erforderlich sein, die den Souverän (also die Mehrheit) davon abhalten können, sein Recht auch auszuüben. Die Selbstbestimmung sei aber auch in diesen Fällen hinreichend gegeben, solange es für das Volk und die Politik überhaupt eine Möglichkeit gebe, das Gesetz von sich aus zu ändern. Jede lebende Generation sei konstitutionell dazu ermächtigt, Gesetze zu verabschieden und zu ändern, auch wenn dies manchmal schwer, nie aber unmöglich sei.

Aufbauend auf der streng legalistischen Interpretation des Betroffenenprinzips und der genannten institutionellen demokratischen Rahmenbedingungen begründet Beckman (2013) seine These wie folgt: Zukünftige, noch ungeborene Personen werden demokratisch selbstbestimmt sein und das Recht haben, als Souverän Gesetze mittels der Mehrheit ihrer Repräsentanten zu ändern oder ihnen aktiv oder passiv zuzustimmen: “[I]t is only by the will of the sovereign that the law maintains its authority“ (Beckman 2013: 785). Wenn sich zukünftige Personen durch Gesetze der Vergangenheit freiwillig binden ließen, sei dies ein Ausdruck ihrer Souveränität und nicht der Herrschaft der heutigen Generation über zukünftige Generationen. “The only laws that apply to posterity are those affirmed by future people themselves“, schreibt Beckman (2013: 781). Er schließt seine Argumentation mit der Feststellung: “Generations cannot rule one another; hence there is no basis for introducing the political representation of the unborn following the legal version of the all affected principle” (Beckman 2013: 786).

Folgt man der Prämisse und der Rahmenbedingung, ist diese Argumentation allerdings nur dann konsistent, wenn sich die *Lebenszeiten* der Mitglieder der heutigen Generation nicht mit den Lebenszeiten der Mitglieder zukünftiger Genera-

tionen *überlappen*. Dies ist aber nach dem in diesem Buch verwendeten Generationenverständnis nicht gegeben. Genau zu t_0 gibt es zwar in der Tat keine Überlappungen der Lebenszeiten, unmittelbar danach aber schon. Die größte, fast absolute Überlappung gibt es zwischen den unmittelbar nach t_0 geborenen Mitgliedern der ersten zukünftigen Generation und den unmittelbar vor t_0 geborenen Mitgliedern der heutigen Generation.

Der *Souverän* wird, wenn er gesetzgeberisch tätig wird, von Beckman mit der *Mehrheit* der Repräsentanten und damit implizit mit der Mehrheit der wählenden Bevölkerung gleichgesetzt, da demokratische Wahlen für Beckman der Mechanismus sind, über den eine Mehrheit der Repräsentanten, die zumeist von der Mehrheit der Wähler gewählt wird, die Volkssouveränität *legitim ausübt* (Beckman 2013: 783). Allerdings bindet eine zum Zeitpunkt t_0 getroffene politische Entscheidung rechtlich nicht nur die Bevölkerung, deren Mehrheit die betreffende politische Entscheidung mittelbar legitimiert hat, sondern auch die nach t_0 geborenen Individuen, die in dieser Jurisdiktion⁸ leben werden. Diese nach t_0 Geborenen sind nicht Teil des zum Zeitpunkt t_0 existierenden Souveräns. Auch werden sie zunächst nicht souverän, also demokratisch selbstbestimmt sein, weil sie aus sich heraus keine aktive Mehrheitsentscheidung oder passive mehrheitliche Akzeptanz hinsichtlich der Gültigkeit der zum Zeitpunkt t_0 verabschiedeten Rechtsordnung treffen werden können. Nur eine Mehrheitsentscheidung der gerade Lebenden ist nach Beckman (2013: insb. 783) legitim.

Für eine legitime Mehrheitsentscheidung der zukünftig gerade Lebenden werden die zeitnah nach t_0 Geborenen also auf die Zustimmung eines großen Teils der zukünftigen Selbsts der Mitglieder der heutigen Generation angewiesen sein, weil die zeitnah nach t_0 Geborenen in der Gesellschaft, wie sie zeitnah nach t_0 existieren wird, noch in der Minderheit sein werden. Bis zu dem Zeitpunkt, an dem die nach t_0 Geborenen relativ zu den zukünftigen Selbsts der Mitglieder der heutigen Generation demographisch (und politisch) in der Mehrheit sein werden, wird die heutige Generation genau die politische Macht über die zeitnah nach t_0

⁸ Definition: "A jurisdiction, whether geographical or personal, is a domain of legal rules and, derivatively, a sphere of authority for the agency or agencies that make, adjudicate, and enforce those rules" (Buchanan 2003: 233).

geborenen, zukünftigen Individuen ausüben, die Beckman (2013) negiert. Dieses Problem der legalistischen Betroffenheit zukünftiger Generationen wird hier schematisch vereinfachend dargestellt (Abbildung 1):

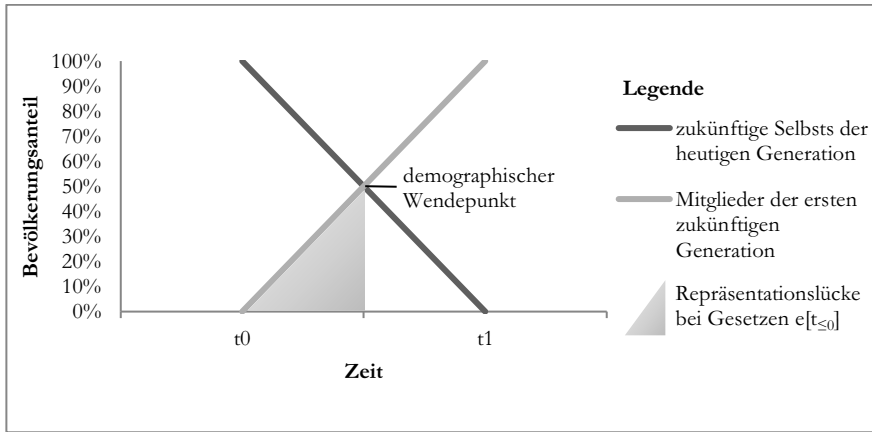


Abbildung 1: Die legalistische Interpretation des Betroffenheitsprinzips und zukünftige Generationen

Quelle: Eigene Darstellung.

Bis zu dem demographischen Wendepunkt lässt sich bezüglich der Mitglieder zukünftiger Generationen auch nach der legalistischen Interpretation des Betroffenheitsprinzips ein Repräsentationsdefizit konstatieren. Der demographische Wendepunkt würde auf der Zeitachse sogar noch nach hinten verschoben werden, wenn man das Wahlmindestalter als Maßstab für die politische Selbstbestimmung wählen würde. All dies gilt freilich nur, wenn man davon ausgeht, dass sich die Lebenszeiten der Mitglieder der heutigen Generation mit den Lebenszeiten der ersten zukünftigen Generation überschneiden werden.

Damit ist die streng legalistische Interpretation des Betroffenheitsprinzips natürlich immer noch deutlich exkludierender als die Kausal-Interpretation des Betroffenheitsprinzips. Spätgeborene Mitglieder zukünftiger Generationen müssten aus dieser Perspektive zu t_0 nicht politisch repräsentiert werden.

Auch besteht noch die Herausforderung des *Wandels politischer Systeme*. So kann nicht automatisch davon ausgegangen werden, dass der jeweilige zukünftige Herrschaftsbereich mit dem heutigen Herrschaftsbereich äquivalent sein wird.

Wären sie nicht äquivalent (bspw. aufgrund einer Staatsauflösung), wäre eine zukünftige Generation durch die heutige Gesetzgebung nicht gebunden und müsste folglich zum Zeitpunkt t_0 nicht repräsentiert werden. Da aber angenommen werden kann, dass Politiken immer in die Zukunft hineinwirken sollen und sich ihre Bindung in der Zeit entfaltet, ist dies für die Forderung, zukünftige Generationen heute politisch zu repräsentieren, nicht unmittelbar relevant: Die politischen Entscheidungen, die heute (t_0) getroffen werden, werden für eine bestimmte Jurisdiktion getroffen und sollen dort in der Zukunft, und damit auch für die dort zeitnah nach t_0 geborenen Angehörigen zukünftiger Generationen, gelten. Die einzig vorstellbare Situation der Wandlung des betreffenden politischen Systems, die die politische Repräsentation zum Zeitpunkt t_0 infrage stellen würde, wäre die Antizipation eines unvermeidbaren starken externen Schocks unmittelbar nach t_0 , der das betreffende politisch-administrative System mit allen seinen Institutionen zusammenbrechen lassen würde. Dies freilich würde zugleich jede gesetzgeberische Aktivität zum Zeitpunkt t_0 infrage stellen.

Ähnlich lässt sich mit Rose (1990) argumentieren, dass politische Entscheidungsträger vorwiegend die politischen Programme der Vorgängerregierungen weiterführen (müssen), anstatt vorhandene Politiken zu ändern oder neue zu verabschieden. Politik wird also nicht nur für die Zukunft gemacht, sie dominiert auch die Politik der politischen Nachfolger und schränkt deren politischen Handlungsspielraum stark ein, sodass Beckmans theoretisches Diktum, dass sich jede Generation nur selbst bindet, empirisch kaum gespiegelt wird.

Goodin (2007: 49–62) argumentiert, dass die erste Interpretation des Betroffenenprinzips der zweiten moralisch weit überlegen sei. Es ist daher nicht verwunderlich, dass in der einschlägigen Literatur zur politischen Repräsentation zukünftiger Generationen in der Regel im- oder explizit auf eine Version der ersten Interpretation des Betroffenenprinzips rekurriert wird, nach der die mittel- und unmittelbare kausale Wirkung heutiger politischer Entscheidungen (insb. Gesetze) auf Mitglieder zukünftiger Generationen im Zentrum stehen. Wenn in diesem Buch ohne weitere Spezifizierung vom ‚Betroffenheitsprinzip‘ die Rede ist, ist daher immer eine kausale Interpretation gemeint.

Im Übrigen findet sich das Betroffenheitsprinzip nicht nur in liberalen demokratietheoretischen Ansätzen, sondern auch in einigen Konzepten *deliberativer Demokratie*. Freilich fokussieren diese weniger auf Interessen als auf die chancengleiche Partizipation der Entscheidungsbetroffenen und insbesondere die Rechtfertigungsfähigkeit der fraglichen Entscheidungen gegenüber diesen. So definiert Jürgen Habermas bereits seine der deliberativen Demokratie ideengeschichtlich vorausgehende Diskursethik über das Betroffenheitsprinzip: „Jede gültige Norm müßte die *Zustimmung aller Betroffenen*, wenn diese nur an einem praktischen Diskurs teilnehmen würden, finden können“ (Habermas 1991: 32, Hervorhebung M.R.). Dies schließt in seinem an Kant angelehnten Universalisierungsgrundsatz ‚U‘ mit ein, dass alle Folgen und Nebenwirkungen, die sich aus der Normbefolgung ergeben, zustimmungsfähig sein sollen (Habermas 1991: 32). So misst sich auch die Legitimität der Ergebnisse demokratischer Deliberation an der Rechtfertigung gegenüber allen Betroffenen (Chambers 2003: 309), auch zukünftigen Generationen (Johnson 2006; Johnson 2007). Ökologischen Spielarten deliberativer Demokratie liegt mitunter ein expansives Betroffenheitsprinzip zugrunde, das die Berücksichtigung aller potenziell von einem Risiko betroffenen, also auch zukünftiger Generationen und nicht-menschlicher Gattungen, fordert (Eckersley 2000: 118–119). Kollektiv bindende Entscheidungen seien aus Sicht der deliberativen Demokratietheorie erst dann legitim, wenn sie aus einem rationalen, fairen und öffentlichen Diskurs hervorgehen, an dem alle Betroffenen, darunter auch zukünftige Generationen, ggf. über Repräsentanten partizipieren können, spitzt Ekeli zu (Ekeli 2005: 442–444). Goodin (2000: 98–99) ist der Ansicht, dass demokratische Deliberation das Betroffenheitsprinzip in Hinblick auf zukünftige Generationen einlöse, weil sich jeder in die Position eines jeden anderen, inklusive der Angehörigen zukünftiger Generationen, hineinversetzen könne. Unnerstall argumentiert dagegen, dass die Angehörigen zukünftiger Generationen kein Teil der heutigen realen und idealen Kommunikationsgemeinschaften sein können und für jene daher auch keine Pflicht bestehe, die Interessen zukünftiger kommunikationsfähiger Menschen zu berücksichtigen (Unnerstall 1999: 301). Weder die „‘aktuelle Mitgliedschaft‘ der ehemaligen und der zukünftigen kommunikationsfähigen Wesen in der Kommunikationsgemeinschaft“ noch die „advokatorische Vertretung der zukünftigen Interessen zukünftiger Menschen als

solche“ sei eine Bedingung der Idealität von diskursiven Kommunikationsgemeinschaften (Unnerstall 1999: 301–302). Dass sich einzelne Teilnehmende deliberativer Formate tatsächlich in zukünftige Generationen hineinversetzen, kann nicht garantiert werden. Skirbekk (2008) greift in seiner Diskussion des Habermas’schen Diskursprinzips und des Betroffenheitsprinzips das Diskursprinzip in Hinblick auf die Einbindung zukünftiger Generationen als ungenügend an und fordert die advokatorische Repräsentation zukünftiger Generationen. Wie bereits in der Einleitung konstatiert wurde, scheint zwar das Betroffenheitsprinzip, nicht aber die deliberative Demokratie als solche direkt auf zukünftige Generationen anwendbar zu sein.

Ob der Anwendbarkeit des Betroffenheitsprinzips ist daher plausibel, dass sich Philosophen und Politikwissenschaftler auf selbiges berufen, wenn sie die politische Repräsentation zukünftiger Generationen fordern (vgl. z.B. Thompson 2010: 18 oder Tremmel 2015: 214–215, 219–220). Leggewie (2011: 26) spricht von der „demokratiepolitisch unhaltbare[n] Kluft zwischen Entscheidungsberechtigten und Entscheidungsbetroffenen“ im räumlichen und temporalen Sinne. Diese „Repräsentationslücke“ habe zur Folge, „dass Interessenkonflikte durch die Mehrheit der Wahlberechtigten entschieden werden, nicht durch die Mehrheit der Betroffenen“ (Tremmel 2013a: 2). Nichtsdestotrotz sei die Demokratie das einzige kollektive Entscheidungsfindungssystem, das die Verpflichtungen gegenüber zukünftigen Generationen in Form des Betroffenheitsprinzips als Leitprinzip aufnehme (MacKenzie 2013: 133). Zusammenfassend ist zu konstatieren, dass mit dem Betroffenheitsprinzip begründet gefordert werden kann, die Interessen zukünftiger Generationen im demokratischen politischen Entscheidungsprozess einzubringen.

2.2.3 Ethische Perspektiven: Intergenerationelle Gerechtigkeit, Rechte, Pflichten und Verantwortung

Die Betroffenheit zukünftiger Generationen von heutiger Politik wird auch in der Ethik problematisiert. Die in diesem Abschnitt behandelte philosophisch-ethische Perspektive kann die Forderung der politischen Repräsentation zukünftiger Generationen unterstützen und ist ideengeschichtlich zentral für die Diskussion

um zukünftige Generationen. Die einzelnen Debattenbeiträge werden in dieser politikwissenschaftlichen Forschungsarbeit allerdings weniger intensiv behandelt als das genuin demokratietheoretische Betroffenheitsprinzip. Für einen umfassenderen Überblick zur intergenerationellen Gerechtigkeit und den zentralen Kontroversen wird daher auf Partridge 2008, Tremmel 2012 und Meyer 2012 verwiesen.

Führt man sich Hans Jonas' Diktum von 1979 vor Augen, der Bereich der Zukunftsethik sei für die traditionelle Ethik ein „Niemandland“ (Jonas 1984 [1979]: 7), lässt sich feststellen, dass dieses Territorium mittlerweile recht gut bevölkert ist. Nichtsdestotrotz konstatieren Pellegrino und Di Paola auch noch 35 Jahre später ein *Defizit* nicht nur an angemessenen Institutionen, sondern auch an sinnvollen Theorien (Pellegrino/Di Paola 2014: 93–94). Die *Gründe für die theoretischen Defizite* lägen nicht nur im unserem Wohlbehagen mit etablierten Denkmustern, sondern auch in der Schwierigkeit, diese im Angesicht stark veränderter Rahmenbedingungen zu revidieren (Pellegrino/Di Paola 2014: 94). Mit diesen Rahmenbedingungen beziehen sich die Autoren auf den Anthropozän, insbesondere den Klimawandel und dessen soziale, ökonomische und politische Folgen (Pellegrino/Di Paola 2014: 93). Unsere Moralsysteme hätten sich ursprünglich nicht mit Blick auf die heutige Globalität und deren raumzeitlich zerstreuten Ursachen und Wirkungen entwickelt, weshalb sie mit diesen kaum umgehen könnten (Pellegrino/Di Paola 2014: 94). Vielmehr hätten sie sich in relativ kleinen, lokalen Gemeinschaften in Reaktion auf Probleme gebildet, die zukünftige Generationen jenseits der eigenen unmittelbaren Nachkommen nicht involvierten (Pellegrino/Di Paola 2014: 94). Insbesondere viele rationalistische und kontraktualistische ethische Strömungen, die moralische Normen kooperationstheoretisch durch wechselseitige selbstbezogene Interessen zu rechtfertigen versuchen, könnten zukünftige Generationen theoretisch oft nicht einholen, weil die in diesen Ansätzen meist vorausgesetzte Reziprozität der moralischen Akteure zumindest bei weit entfernten zukünftigen Generationen nicht gegeben ist (Arrhenius 1999: 34; Bickham 1981: 176; Heath 2013: 39–42.; Höhle 2003: 132–133; Wallack 2006).

Der sozialliberale politische Philosoph *John Rawls* ist einer der ersten und einflussreichsten Autoren, der diese Herausforderung angenommen hat. In seinem

zum modernen Klassiker avancierten Werk „Eine Theorie der Gerechtigkeit“ (1979, im Original: „A Theory of Justice“, 1971) bezieht er die Frage der Gerechtigkeit zwischen den Generationen mit ein (siehe insb. die Abschnitte 44–46 seines Buches). Rawls knüpft hierbei an die klassische vertragstheoretische Figur eines ‚Urzustands‘ an, der bei ihm als ein faires Verfahren verstanden wird. Dieses soll einen von potenziell allen Menschen als vernünftig erkennbaren Konsens über allgemeine gerechte Grundsätze eines Gesellschaftssystems bewirken. Die konsensbildenden, deliberierenden, rational-eigeninteressierten Parteien befinden sich dabei hinter einem hypothetischen ‚Schleier des Nichtwissens‘, der sie dazu zwingt, alle möglichen Grundsätze nur aus allgemeiner Perspektive zu beurteilen. Hinter diesem Schleier kennen sie zwar alle allgemeinen Gesetze und Theorien über die Gesellschaft, die Natur, den Menschen, Ethik, die Politik, die Ökonomie etc., doch wissen sie abgesehen von allgemeinen Eigenschaften nichts über sich selbst (Rawls 1979: 160–161). Niemand kennt seinen Status, seine Intelligenz und Talente, seine Vorstellung eines guten Lebens, seine Risikoneigung und seine Psyche (Rawls 1979: 160). Auch wissen die Beteiligten nichts über die Verhältnisse ihrer eigenen Gesellschaft, wie den wirtschaftlichen und politischen Entwicklungsstand, und vor allem wissen sie nicht, welcher Generation sie angehören (Rawls 1979: 160). Sie müssen daher Grundsätze wählen, deren Folgen sie zustimmen und hinnehmen können, egal welcher Generation sie in der Menschheitsgeschichte angehören (Rawls 1979: 160). Eine wohlgeordnete Gesellschaft würde nach John Rawls folgende unter dem Schleier des Nichtwissens adaptierte Gerechtigkeitsprinzipien verfolgen und verwirklichen:

„Erster Grundsatz

Jedermann hat gleiches Recht auf das umfangreichste Gesamtsystem gleicher Grundfreiheiten, das für alle möglich ist.

Zweiter Grundsatz

Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten müssen folgendermaßen beschaffen sein: sie müssen unter der Einschränkung des gerechten Spargrundsatzes den am wenigsten Begünstigten den größtmöglichen Vorteil bringen, und sie müssen mit Ämtern und Positionen verbunden sein, die allen gemäß fairer Chancengleichheit offenstehen“ (Rawls 1979: 336, Hervorhebung dort).

Dieses ‚gerechte Sparprinzip‘ als Einschränkung des Maximin-Prinzips ist die intergenerationelle Komponente, nach der jede Generation *soweit nötig* einen fairen

Beitrag für die nächste Generation sparen soll, um im Hinblick auf die beiden Gerechtigkeitsgrundsätze die „notwendigen Bedingungen für gerechte Institutionen“ und die Grundfreiheiten herzustellen (Rawls 1979: 333). Was dieser Suffizienz-Ansatz intergenerationeller Ethik konkret bedeuten kann, wird von Rawls zwar diskutiert, aber nicht abschließend festgelegt (vgl. Rawls 1979: 319–337).

Auch wenn insbesondere das gerechte Sparprinzip nicht kritiklos blieb, ist John Rawls Werk bis heute ein wichtiger und häufiger Ausgangspunkt für Theorien und Debatten zu intergenerationeller Gerechtigkeit.⁹ Erst unlängst veröffentlichte *Axel Gosseries*, einer der profiliertesten Vertreter einer intergenerationellen Ethik, eine von Rawls inspirierte Gerechtigkeitstheorie (Gosseries 2014). Wie Rawls hält er es für ethisch geboten, für zukünftige Generationen soweit zu sparen, bis für diese die Minimalbedingungen erfüllt sind, um eine wohlgeordnete Gesellschaft im Rawlschen Sinne erreichen zu können (Gosseries 2014: 98f.). Sobald dieses Minimum erfüllt ist, verbietet er anders als Rawls einer Gesellschaft aber, der ersten zukünftigen Generation mehr oder weniger zu hinterlassen, als die heutige Generation selbst von der vergangenen Generation erhalten hat (Gosseries 2014: 99). Ein weiteres Sparen wird verboten, um die Opportunitätskosten eines solchen Sparens analog zum Rawlschen Differenzprinzip (Maximin) den jeweils Schlechtestgestellten der heutigen Generation zugutekommen zu lassen (Gosseries 2014: 99–100).

Tremmel (2012: 218–255) kommt, basierend auf dem Schleier des Nichtwissens, in seiner eigenen Theorie der Generationengerechtigkeit hingegen zu folgenden beiden Grundsätzen:

- (1) „Maximiere den Durchschnitt der individuellen Wohlniveaus aller Mitglieder aus allen Generationen. Dabei besteht für jede Generation als wichtigste Pflicht, Kriege und ökologische, soziale und technische Zusammenbrüche, die zu großen Einbußen menschlichen Wohles führen können, zu vermeiden.“
- (2) Keine Generation ist dazu verpflichtet, größere Sparleistungen zu erbringen als ihre Vorgängergeneration“ (*Tremmel* 2012: 252).

⁹ Siehe Birnbacher 1977; Buchholz 1984; Dierksmeier 2006; English 1977; Fitzpatrick 2001; Gosseries 2001; Gutwald et al. 2011; Heyward 2008; Hubacek/Mauerhofer 2008; Hubin 1976; Jávorský 2006; Kates 2015; Partridge 2002; Reiman 2007; Thompson 2010; Tremmel 2009b, 2012; Parijs 1998; Wall 2003; Wallack 2006; Wolf 2011.

Tremmel lehnt also das Differenzprinzip ab und fordert, den *Durchschnitt* des Human Development Index (Gesundheit, Bildung, Pro-Kopf-Einkommen) über die Generationen hinweg zu *maximieren* (Tremmel 2012: 252–253). Autonome Fortschrittsfaktoren bewirkten bei ausbleibenden Katastrophen für jede neue Generation einen höheren ‚Startwert‘ (Tremmel 2012: 252–253). Sein Fazit lautet: „Generationengerechtigkeit ist erreicht, wenn die Chancen der Angehörigen der nächsten Generation, sich ihre Bedürfnisse erfüllen zu können, im Durchschnitt besser sind als die der Angehörigen der Vorgänger-Generation“ (Tremmel 2012: 290).

Birnbacher (1977) orientiert sich in seiner *utilitaristischen Abwandlung der Rawlsschen Grundsätze* anders als Tremmel am subjektiven erwarteten Durchschnittsnutzen der Generationen und ordnet das Maximin-Prinzip der Maximierung des erwarteten Durchschnittsnutzens unter:

- (1) „Maximiere den Erwartungswert des Durchschnitts der Durchschnittsnutzen der Generationen [...]“.
- (2) *Minimiere das Risiko drastischer Einschränkungen für den Fall, daß du zu den relativ Schlechtestgestellten Generationen gehörst, indem du von zwei nach (1) indifferenten Sparprogrammen dasjenige wählst, durch das sich die – nach ihrem Durchschnittsnutzen – schlechtestgestellte Generation am besten steht [sic]“* (Birnbacher 1977: 369).

Jeffrey Reiman (2007) leitet aus dem Rawlsschen Urzustand, der ‚Fairness‘ garantieren soll, allgemeine *Pflichten* der Angehörigen der heutigen Generation gegenüber den Angehörigen der zukünftigen Generationen sowie korrespondierende *Rechte* der Angehörigen der zukünftigen Generationen gegenüber den Angehörigen der heutigen Generation ab. Sein Argument ist, dass sich die Parteien hinter dem Schleier des Nichtwissens absichern würden, dass sie ihre Ziele verfolgen können, egal wer sie wann sein werden (Reiman 2007: 81). Zukünftige Menschen hätten dann das Recht, normal zu ‚funktionieren‘, verbunden mit der korrespondierenden Pflicht der Angehörigen der heutigen Generation, den Angehörigen der zukünftigen Generationen nach ihren Möglichkeiten ein normales Leben mit normalen Lebenserwartungen und Sterberaten zu sichern (Reiman 2007: 81). Der Rawlssche Urzustand lege auch nahe, dass die heutige Generation nicht spezifischen zukünftigen (kontingenten) Individuen etwas schulde, sondern den zukünftigen Menschen im Allgemeinen (Reiman 2007: 82–83). Moralisch relevant

seien die beeinflussbaren personalen und ‚weltlichen‘ Eigenschaften (‘properties’), die ein ‚normales Funktionieren‘ des spezifischen Menschen determinieren (Reiman 2007: 81–86). Heyward illustriert dies in Anschluss an Reiman mit der philosophischen und linguistischen Unterscheidung zwischen ‚type‘ (Typ) und ‚token‘ (Vorkommnis): Relevant sei der gegebene Bürgerstatus (type) der Angehörigen zukünftiger Generationen, nicht ihre spezielle Identität (token) (Heyward 2008: 636–637). Aus diesem Grund hätten die Angehörigen zukünftiger Generationen auch keine Möglichkeit, ihre Rechte freiwillig abzutreten (Heyward 2008: 637–638).

Rechte zukünftiger Generationen lassen sich auch aus einer *Ethik der Menschenrechte* ableiten. Sofern Menschenrechte universal sind, müssen sie auch in der Zukunft gelten (siehe auch Preuß 1984: 235). Diese universalen Rechte (auch) zukünftiger Generationen (bzw. Individuen, vgl. Unnerstall 1999: 450) seien mit dem naturrechtlichen Anspruch versehen, diese aus moralischen Gründen falls nötig auch mit Zwangsmitteln durchzusetzen, schreibt Vittorio Hösle (Hösle 2003: 139). Haber (2004: 16) stellt die These auf, „dass die Wahrung der Generationengleichheit gleichbedeutend mit der Einhaltung grundlegender Menschenrechte ist“. Beckerman (2004, 2006a) wendet ein, dass zukünftige Individuen heute gar keine Rechte haben können, weil sie nicht existieren. Gosseries (2004, 2008), Tremmel (2009a: 48–62) und Unnerstall (1999: 130–131, 450) entgegnen, dass sie aber relevante Rechte haben werden, sobald sie existieren. Da Rechte mit der moralischen (und ggf. legalen) Pflicht einhergehen, diese zu wahren, seien zukünftige Generationen für uns heute moralisch relevant. Dementsprechend hat die Generalkonferenz der UNESCO 1997 die „Declaration on the Responsibilities of the Present Generations Towards Future Generations“ verabschiedet (UNESCO 1997). Unnerstall (1999: 196, 450) betont die zukünftigen Rechte zukünftiger Individuen auf den Erhalt ihrer Handlungsfähigkeit, die durch die Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse gewährleistet werden könne. Mitunter wird auch gefordert, die Rechte zukünftiger Generationen zu juridifizieren (vgl. z.B. Gründling 1990; Tremmel 2004: 46; Tremmel 2005: 26–27), wie es teilweise in einzelnen Verfassungen schon geschieht (z.B. in Japan, Norwegen und Bolivien; für Über-sichten zu juridifizierten Rechten, insb. in Verfassungen vgl. Gosseries 2008: 448; Häberle 2006; Tremmel 2012: 107–111; World Future Council 2012: 5–10).

Spätestens seit Hans Jonas' Zukunftsethik (1976; 1984 [1979]) hat auch das ethische *Konzept der ‚Verantwortung‘* an Relevanz für den Diskurs um den moralischen Status zukünftiger Generationen gewonnen. Demnach tragen die Mitglieder der heutigen Generation gegenüber den zukünftigen Generationen eine große Verantwortung, weil sie die Lebensbedingungen zukünftiger Generationen durch ihr Tun und Lassen massiv beeinflussen können, sie darum wissen und die langfristigen Folgen heutiger (Nicht-)Handlungen besser abschätzen können als noch vor einigen Jahrzehnten (vgl. auch Abschnitt 2.2.1 dieses Buches). Das Projekt der Menschheit, das eng mit dem Schicksal der Natur verbunden sei, gelte es als Selbstzweck in die Zukunft fortzuführen (Jonas 1976: 77).

Birnbacher (1988, 2001, 2006, 2008) behandelt das Thema *Zukunftsverantwortung* zwar unter ähnlichen Vorzeichen, aber aus einer am Utilitarismus orientierten Perspektive, mit der er das *Ausmaß*, die *Grenzen* und die *Umsetzbarkeit* dieser Zukunftsverantwortung taxiert. Die *Grenzen* sieht er in den „*begrenzten Möglichkeiten einer kausalen Einflussnahme* auf die Lebensumstände der in ferner Zukunft Lebenden sowie dem *begrenzten Wissen* um die zukünftige Entwicklung der diese Lebensumstände prägenden natürlichen und zivilisatorischen Faktoren und um die Bedürfnisse der dann lebenden Menschen“ (Birnbacher 2008: 26, Hervorhebung dort). Für die Zuschreibung der Verantwortung würden aber bereits Risiken heutigen (Nicht-)Handelns für zukünftige Generationen ausreichen, soweit die Folgen voraussichtlich irreversibel wären (Birnbacher 2008: 26). Auch Guggenberger zielt auf die Irreversibilität heutigen Handelns ab, indem er den „Kantschen kategorischen Imperativ... um die Zukunftsdimension [gleichsam erweitert]“ und fordert, dass „eine Generation [...] den nachfolgenden nicht mehr an irreversiblen Festlegungen hinterlassen [darf], als sie selbst vorgefunden hat“ (Guggenberger 1984: 190). Birnbacher fährt fort, dass davon ausgegangen werden könne, dass die Angehörigen zukünftiger Generationen dieselben physischen und psychischen Grundbedürfnisse haben wie wir heute, auch könne mit einer effizienteren Ressourcennutzung gerechnet werden (Birnbacher 2008: 26–27). Die *Umsetzung* der Zukunftsverantwortung werde durch das *Motivationsproblem*, bestehend aus der Zeit- und Egopräferenz, der Unsicherheit über die Folgen eigenen (Nicht-

)Handelns, der Anonymität der Betroffenen, der Nichteignung für mediale Vermittlung und die fehlenden Sanktionen erschwert (Birnbacher 2008: 29–32).¹⁰ Erleichtert werden könnte die Wahrnehmung der Zukunftsverantwortung durch *indirekte Motivationen* wie emotionale Bindungen zu eigenen Kindern und Kindeskindern, die intrinsisch motivierte Erhaltung kultureller Werte oder der (politischen) Gemeinschaft, Selbsttranszendierung und Sinnstiftung oder die Selbstbindung durch Institutionen (Birnbacher 2008: 32–39).

Einige der hier zitierten Ansätze intergenerationeller Ethik lassen sich unter das *Suffizienzkonzept von intergenerationeller distributiver Gerechtigkeit* einordnen. Das wichtigste Kriterium dieses Konzepts ist, dass den Angehörigen der zukünftigen Generationen ein Leben auf einem bestimmten Wohlfahrtsniveau ermöglicht wird, welches als suffizient (ausreichend) wahrgenommen wird (Meyer/Roser 2011: 220). Hier geht es also darum, für alle einen definierten Schwellenwert zu erreichen. Rawls gerechtes Sparprinzip lässt sich hier einordnen, ebenso wie Gosseries' (2014) Forderung nur so lange zu sparen, bis bestimmte Minimalbedingungen erreicht sind. Auch Reimans (2007) Recht auf ‚normales Funktionieren‘ ist suffizienzorientiert angelegt. Dies gilt auch für Ansätze, die auf den Erhalt einer lebenswerten Umwelt und die Sicherung der Befriedigung von Grundbedürfnissen für zukünftige Generationen drängen (vgl. z.B. Dobson 1996).

Birnbachers (1977) und Tremmels (2012) Abwandlungen der Rawlschen Gerechtigkeitstheorie lassen sich mit ihrem Fokus auf die Maximierung des Durchschnittsnutzens bzw. -wohls der intertemporalen Generationen hingegen eher als egalitaristisch verstehen. *Egalitaristische Gerechtigkeitskonzeptionen* betrachten Gleichheit als intrinsischen Wert (Meyer/Roser 2011: 220). Dies tut auch die „*doctrine of intergenerational equity*“ von Edith Brown Weiss (Weiss 1989). Ihr zufolge erhält jede Generation treuhänderisch ein natürliches und kulturelles Erbe von den vorangegangenen Generationen und verwaltet dieses treuhänderisch für die zukünftigen Generationen (Weiss 1989: 2). Jede Generation hat daher sog. planetarische (oder intergenerationelle) Rechte und Pflichten (Weiss 1989: 45). Dadurch soll die Wohlfahrt aller Generationen erhalten werden (Weiss 1989: 37).

¹⁰ Diese Punkte inklusive der Unsicherheit bezüglich zukünftiger Generationen werden im Abschnitt 2.3 zur demokratischen Gegenwartspräferenz näher ausgeführt.

Diese Theorie intergenerationeller Fairness basiert auf drei Prinzipien (Weiss 1989: insb. S. 38ff.): Erstens soll jede Generation die Diversität der natürlichen und kulturellen Ressourcenbasis für zukünftige Generationen erhalten, mindestens analog zur Diversität der Ressourcen der vorangegangenen Generationen. Dieses Prinzip wird ‚Konservierung der Optionen‘ genannt. Zweitens soll jede Generation die Qualität des Planeten mindestens in dem Zustand erhalten, in der sie ihn erhalten hat. Dieses Prinzip wird ‚Konservierung der Qualität‘ genannt. Drittens soll jede Generation ihren Mitgliedern Zugang zu dem Erbe vergangener Generationen bieten und diesen Zugang auch für zukünftige Generationen erhalten. Dieses Prinzip wird ‚Konservierung des Zugangs‘ genannt.

2.2.4 Das Nichtidentitätsproblem

Das bis heute wichtigste und meistdiskutierte philosophische Gegenargument gegen die moralische Berücksichtigung zukünftiger Generationen ist das sogenannte *Nichtidentitätsproblem* (Non-Identity Problem). Dieses besagt, dass zukünftigen Individuen kein Unrecht getan werden könne, da ihre Existenz als spezifisches Individuum u.a. von staatlichen Politiken abhängig sei. Diese Politiken hätten einen über mehrere Variablen vermittelten kausalen Einfluss darauf, welches Spermium wann welche Eizelle befruchtet, also welcher spezifische Mensch entsteht, so das Argument (Kavka 1982: 93ff.; Parfit 1982: 115; Schwartz 1979; u.a.). Auch wenn diese Politiken die Lebensqualität zukünftiger Individuen stark beeinträchtigen (z.B. durch massive Umweltzerstörung), würden sie als spezifische Individuen ohne diese Politik nicht existieren, wären also ‚schlechter dran‘ (vgl. z.B. Kavka 1982; Parfit 1982).

In der Literatur existieren mindestens *drei plausible Vorschläge*, wie man *allgemein* mit dem Nichtidentitätsproblem umgehen kann, um die moralische Relevanz der Angehörigen zukünftiger Generationen aufrechtzuerhalten. Zum einen kann man von konkreten Individuen *abstrahieren* und allein auf Rechte, Interessen und Eigenschaften zukünftiger Individuen rekurren, die allen Menschen unabhängig von ihrer spezifischen Individualität zugeschrieben werden können. Diese Art der Vermeidung des Nichtidentitätsproblems schlagen u.a. Reiman (2007) und MacKenzie (2013: 116–117) vor. Heyward (2008) schlägt diesen Weg ein, um

nichtidentitätsprobleminduzierte Schwierigkeiten bei der Anwendung des Betroffenenprinzips auf zukünftige Generationen zu umgehen.

Ariansen (2013 [1998]) argumentiert zudem, dass der Vergleich im Sinne einer Abwägung zwischen einer Policy-Option und der Option, niemals geboren geworden zu sein, ein *Kategorienfehler* sei und fordert, zukünftige Generationen als Platzhalter für Individuen zu betrachten, ähnlich wie es ja auch Ämter und Positionen gebe, die als solche schon mit bestimmten Rechten und Pflichten verbunden seien.

Tremmel lehnt das Absehen von spezifischen Individuen ab (Tremmel 2013b: 189–191, 198–119) und führt gegen das Nichtidentitätsproblem das *„Schmetterlingseffekt-Argument“* ins Feld (Tremmel 2013b: 199–202): Ähnlich wie der Schmetterlingseffekt in der Chaostheorie beziehe sich das Nichtidentitätsproblem auf Kausalitäten, die zwar möglich, aber nicht nachweisbar seien. Eine bestimmte nachweltfeindliche Politik sei einer von sehr vielen Faktoren, die Einfluss auf Zeugungszeitpunkte haben kann, aber nicht muss: „Es ist unmöglich, *bestimmten* politischen Programmen *bestimmte* Einflüsse auf konkrete personale Identitäten zuzuordnen“ (Tremmel 2013b: 201, Hervorhebung dort).

Wie verhält sich das Nichtidentitätsproblem zur *Proxy-Repräsentation*? Das Nichtidentitätsproblem besagt, dass jedes Mitglied zukünftiger Generationen als spezifisches Individuum ohne die heutigen politischen Entscheidungen nicht existieren würde. Sofern also ein zukünftiges Individuum kontrafaktisch in den heutigen politischen Entscheidungsprozess eingreifen würde, würde es damit, wenn man der Argumentation des Nichtidentitätsproblems folgt, seine eigene Existenz unmöglich machen. In diesem Sinne wäre es nicht im Interesse eines spezifischen zukünftigen Individuums, im heutigen politischen Entscheidungsprozess repräsentiert zu werden. Es sei denn, diese Repräsentation würde das Ziel verfolgen, keinen Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess zunehmen. Dies wiederum würde die Repräsentation überflüssig machen.

Die Frage, ob Proxy-Repräsentation aufgrund des Nichtidentitätsproblems zulässig ist oder nicht, ist aber in dieser Form möglicherweise die falsche Frage. Denn sie setzt als Status Quo das Fehlen von Proxy-Repräsentation voraus. Man kann die Frage aber auch anders stellen: Ist das *Abschaffen* von Proxy-Repräsen-

tation aufgrund des Nichtidentitätsproblems zulässig oder nicht? Gegeben, in einer Demokratie werden zukünftige Generationen heute bereits proxy-repräsentiert, würde, wenn man der Argumentation des Nichtidentitätsproblems folgt, die spezifische Individualität der Mitglieder der zukünftigen Generationen durch die Proxy-Repräsentation mitbestimmt werden können, da die Proxys die politischen Entscheidungen beeinflussen könnten. Ein spezifisches zukünftiges Individuum würde also ein Interesse daran haben, in Form von Proxy-Repräsentation heute repräsentiert zu werden, da es ohne diese Repräsentation nicht existieren würde. Die Zulässigkeit der Proxy-Repräsentation ist aus Sicht des Nichtidentitätsproblems also nur vom heutigen Status Quo abhängig. Beinhaltet dieser bereits Proxy-Repräsentation, sollte diese aufrechterhalten werden. Beinhaltet diese keine Proxy-Repräsentation, muss sie auch nicht eingeführt werden. Die Zulässigkeit von Proxy-Repräsentation aber davon abhängig zu machen, ob sie bereits vorliegt oder nicht, erscheint wiederum als willkürlich und demokratietheoretisch und ethisch unbefriedigend. Geht man hingegen von einer Tabula rasa aus, auf der Proxy-Repräsentation kontrafaktisch weder vorliegt noch nicht vorliegt, wäre die Einführung der Proxy-Repräsentation in Hinblick auf das Betroffenheitsprinzip die demokratietheoretisch überlegene Option. Dem würde dann auch das Nichtidentitätsproblem nicht mehr im Wege stehen.

Tauscht man diese philosophische mit einer pragmatisch-anwendungsorientierten Perspektive auf die Proxy-Repräsentation, verliert das philosophische Kuriosum des Nichtidentitätsproblems für diese ebenfalls an Relevanz. Denn praktisch können die individualspezifischen Interessen der Mitglieder zukünftiger Generationen sowieso nicht in den politischen Entscheidungsprozess eingebracht werden, da die Interessenträger zum Zeitpunkt der Repräsentation noch nicht individualisiert sind und wir diese nicht kennen können. Genauso wenig können im Übrigen in einer repräsentativen Demokratie alle genuinen Interessen aller heutigen Bürger direkt in den politischen Entscheidungsprozess eingebracht werden. Es können nur die Interessen zukünftiger Generationen repräsentiert werden, die wir ihnen plausibel zuschreiben können. Dabei wird es sich in der Regel um intersubjektive Interessen zukünftiger Generationen handeln. Auch gehört es nicht zu den Aufgaben der Politik, zu bestimmen, welche konkreten Individuen

existieren werden. Ein möglicher Einfluss politischer Entscheidungen auf die Identität zukünftiger Individuen ist nur ein nichtintendiertes Nebenprodukt, welches aufgrund der unzähligen an der genetischen Spezifikation eines Individuums beteiligten Variablen in der Regel auch gar nicht politisch steuerbar ist. Das Nichtidentitätsproblem bezieht sich mit den genuinen, individualisierten Interessen der Mitglieder zukünftiger Generationen auf einen Gegenstand, der in der Praxis in dieser Form kein Gegenstand der Proxy-Repräsentation sein kann.

Die Forderung, zukünftige Generationen heute politisch zu repräsentieren, erscheint aus den genannten Perspektiven heraus als plausibel. Was steht der Umsetzung dieser Forderung entgegen?

2.3 Die moderne Demokratie und ihre Gegenwartspräferenz

Die moderne Demokratie gilt als parteiisch gegenüber der Gegenwart (Thompson 2010: 17). Was macht die moderne Demokratie aus, warum schreibt man ihr eine starke Gegenwartspräferenz zuungunsten zukünftiger Generationen zu und was folgt daraus für die politische Repräsentation zukünftiger Generationen? Diese Fragen werden in diesem Abschnitt beantwortet.

2.3.1 Die moderne Demokratie

Das demokratische Betroffenheitsprinzip fordert, zukünftige Generationen heute politisch zu repräsentieren. Als zentraler Bestandteil der Demokratietheorie bezieht sich das Betroffenheitsargument zuallererst auf Demokratien.¹¹ Sie sind auch der Kontext, in dem die sogenannte ‚demokratische Gegenwartspräferenz‘ ihre Wirkung entfaltet. Was sind also moderne Demokratien? Diese Frage soll hier nur sehr knapp beantwortet werden, da sich dieses Buch diesbezüglich größtenteils im politikwissenschaftlichen und alltagsgebräuchlichen Mainstream be-

¹¹ Ethisch gesehen lässt sich die politische Repräsentation zukünftiger Generationen auch für nicht-demokratische Staaten fordern, doch werden sich diese wahrscheinlich nicht dem Betroffenheitsprinzip verpflichtet fühlen. Das Betroffenheitsprinzip selbst impliziert Demokratie. Kontrafaktische öko-autoritäre Staaten u.Ä. werden in dieser Arbeit nicht berücksichtigt.

weg und daher keine ausdifferenzierten Erörterungen und Diskussionen notwendig sind. Rainer-Olaf Schultze sieht die moderne (im Sinne von heutige) Demokratie durch folgende Kriterien bestimmt:

- (1) *„Demokratische Herrschaft gründet sich auf das Prinzip der Volkssouveränität und der politischen Gleichheit aller [...]“*
- (2) *„Sie ist gekoppelt an die Geltung bürgerlicher Grundrechte und an den rechtsstaatlichen Schutz des einzelnen vor staatlicher Willkür.“*
- (3) *„Die Partizipationsrechte und -chancen des Bürgers sind fundamental-demokratisiert [...]“ (Schultze 2005: 129).*

Das zweite Kriterium der Grundrechtsbindung zeigt auf, dass moderne Demokratien im weiteren Sinne als liberale Demokratien zu verstehen ist. In liberalen Demokratien, den „Systeme(n) westlicher Art“ (Sartori 2006: 374) gehen Freiheit (Rechtsstaat, Schutz vor zu starken staatlichen Eingriffen, Kontrolle) und Gleichheit (freie, gleiche, faire Wahlen und andere Partizipationsmöglichkeiten, aktives und passives Wahlrecht, gleiche Rechte für alle Bürger, sozialer Zusammenhalt) miteinander einher.

Operationalisiert werden soll der allgemeine Demokratiebegriff mit Freedom House. Freedom House (2013: 29) definiert liberale Demokratien allgemein als elektorale Demokratien, die sich zusätzlich durch die Präsenz eines substanziellen Spektrums an bürgerlichen Freiheiten auszeichnen. Freedom House misst politische Rechte und Bürgerfreiheiten und kann als umfassender Demokratieindex gelten (Schmidt 2010: 381–385). Auch wenn es theoretisch und methodisch fundiertere Demokratieindizes geben mag, soll Freedom House aufgrund der ausgezeichneten Datenlage (jährliche Erhebung seit 1972, 195 Länder und 14 Territorien) gewählt werden, um später zu prüfen, ob ein Proxy in einer Demokratie beheimatet ist oder nicht. Für die operative Kategorisierung eines Landes als ‚liberale Demokratie‘ ist Freedom House ausreichend.

Operativ gelten folglich alle staatlichen Einheiten als Demokratien, die von Freedom House als “free“ eingestuft werden. Ein freies Land ist nach Freedom House ein Land mit offenem politischen Wettbewerb, einem Klima des Respekts gegenüber bürgerlichen Freiheiten, einem signifikant unabhängigen gesellschaftlichen Leben und unabhängigen Medien (Freedom House 2013: 4). Jedes Land bekommt einen numerischen Rating-Wert zwischen 1 (höchste Freiheit) und 7

(geringste Freiheit) für die beiden Kategorien ‚politische Rechte‘ und ‚Bürgerfreiheiten‘. Liegt der Durchschnitt der beiden Rating-Werte zwischen 1 und 2,5, erhält das Land den Status als ‚frei‘. Die Ratings der beiden Kategorien werden bestimmt durch die Gesamtpunktzahl, die jedes Land für 10 politische Rechte-Fragen und 15 bürgerliche Freiheiten-Fragen erhält, und pro Frage kann ein Land zwischen 0 (geringste Freiheit) und 4 (höchste Freiheit) Punkte erhalten. Der Fragenkatalog zu den politischen Rechten ist in drei Gruppen unterteilt: Der elektorale Prozess, politischer Pluralismus und Partizipation, und die demokratische Funktionsfähigkeit der Regierung. Der Fragenkatalog zu den bürgerlichen Freiheiten ist in vier Gruppen unterteilt: Meinungs- und Glaubensfreiheit, Versammlungs- und freies Organisationsrecht, Rechtsstaat, und persönliche Autonomie und individuelle Rechte. Die Punktevergabe erfolgt über Experteneinschätzungen (zu den methodischen Ausführungen in diesem Absatz vgl. Freedom House 2013: 32–34).

Unter dieses breite Demokratieverständnis lassen sich verschiedene demokratische politische Systeme subsumieren: Direkte und repräsentative Demokratien, parlamentarische und präsidentielle Demokratien, Mehrheits- und Konsensdemokratien. Unter den Demokratiebegriff sollen in dieser Forschungsarbeit auch subnationale und supranationale politische Systeme fallen, sofern sie wie beispielsweise die deutschen Bundesländer eine eigene demokratische Staatlichkeit und/oder autonome demokratische Strukturen aufweisen oder wie die Europäische Union (als einziger Vertreter) aus demokratischen Staaten zusammengesetzt sind und selbst über liberaldemokratische Institutionen wie Rechtsstaatlichkeit, Kontrolle und (abgeleitete) Volkssouveränität inklusive Wahlen verfügen. Dies spiegelt sich auch im Selbstverständnis der Europäischen Union als repräsentative Demokratie wider, wie im Artikel 8 des Vertrags von Lissabon dargelegt wird.

Monaghan und Welburn (2012: 4) schreiben, für liberaldemokratische Gesellschaften sei die Repräsentation zukünftiger Generationen eine Frage der Gerechtigkeit, Sorge sich der Liberalismus traditionell doch um den Schutz marginalisierter und verletzlicher Gruppen und Individuen vor repressiven staatlichen Praktiken. Im Fokus der Untersuchung stehen jedoch nicht ganze Gesellschaften, sondern die institutionellen Arrangements, die die Herrschaft des Volkes (bzw. der

Betroffenen) sichern sollen, also die politisch-administrativen Systeme (vgl. auch Brennan/Hamlin 1999: 109–110 und MacKenzie 2013: 20). Dort sind die Anreize zu setzen, die zur Berücksichtigung der Interessen zukünftiger Generationen führen sollen, dort ist die primäre Arena der politischen Repräsentation zukünftiger Generationen.

Inwiefern die Anreize in herkömmlichen demokratischen Systemen zu Ungunsten zukünftiger Generationen und ihrer Repräsentation wirken, wird in den kommenden Abschnitten erörtert.

2.3.2 Demokratische Gegenwartspräferenz

Eigentlich gebe es keinen universalen legitimen Grund, das Jetzt über die Zukunft zu stellen und letztere zu diskontieren, da die temporale Distanz als solche keine unabhängige Relevanz habe, schreibt Lagerspetz (1999: 157). Dennoch stellt Edith Brown Weiss (1989: 119) fest, dass “implementing our responsibilities to future generations will be difficult. [...] Most political systems have a short-term perspective built into them. Powerful political incentives encourage those in positions of power to focus on short-term issues, so that they will have tangible results to show”. “Democracies are systematically biased in favor of the present“, fasst Thompson (2005: 346) diesen Befund zusammen.

Zwar lässt sich mit dem Betroffenheitsprinzip die zeitliche Entgrenzung des Demos fordern, doch sind moderne Demokratien in der Regel auf die aktuelle Wählerschaft, den kontemporären Souverän, ausgerichtet. Alle Entscheidungen sollen letztendlich von seinem Willen abhängig sein (Lagerspetz 1999: 149–150). Das Wohlergehen zukünftiger Generationen sei für die nationale Politik heute höchstens genauso wichtig wie das anderer Länder: “The future is another country“, schreibt Posner (2007: 143). Auch in den klassischen Demokratie- und Repräsentationstheorien werden zukünftige Generationen in der Regel nicht explizit berücksichtigt (Kavka/Warren 1983: 21). Demokratien gelten im Vergleich zu anderen politischen Systemen als resilient und anpassungsfähig, da sie Krisen und Probleme in der Vergangenheit vergleichsweise gut gemeistert haben und mittlerweile der dominante Systemtyp sind (Runciman 2013: 285). Langfristige

Probleme würden zugunsten kurzfristiger Gewinne in Kauf genommen, da Politiker darauf vertrauten, dass die Demokratie in der Zukunft mit diesen Problemen schon umgehen können (Runciman 2013: 285). Dieses Muster sei eine Quintessenz der Demokratie und führe zu einer Vertrauensfalle, schreibt David Runciman (2013: 285). Demokratien seien zwar gut darin, akute Krisen zu meistern, aber auch, diese langfristig, leichtsinnig und kumulativ zu verursachen (Runciman 2013: 295). Langfristige, kumulative Folgen und Nebenfolgen politischer Programme würden aufgrund des vorherrschenden Politikmodus des kurzfristigen Inkrementalismus nicht beachtet und machten trotzdem auf lange Sicht den Großteil des Outputs eines politischen Systems aus, sodass ein Großteil der Staatstätigkeit faktisch nicht bewusst entschieden werde (Rose 1990).

Im Folgenden sollen die Formen und Gründe der demokratischen Gegenwartspräferenz (auch: Gegenwartsfixiertheit (Schmidt 2010: 461)) näher erörtert werden. Warum berücksichtigen Demokratien zukünftige Generationen in der Regel nicht hinreichend und warum ist die Institutionalisierung von Proxys mit hohem Wirkungspotenzial schwierig? Hierfür werden drei der fünf Kategorien von MacKenzie (2013: 27) übernommen, mit denen er sich der These der demokratischen Gegenwartspräferenz nähert: Das Argument kurzer Wahlzyklen, das Argument kurzsichtiger Bürger und das Argument der fehlenden Präsenz zukünftiger Generationen. In einer vierten Kategorie soll auf Komplexität, Unsicherheit und Salienz eingegangen werden. Die Kategorien interagieren dabei vielfach miteinander. Zu beachten ist, dass die demokratische Gegenwartspräferenz nicht nur zu Ungunsten *zukünftiger Generationen*, sondern auch der *zukünftigen ‚Selbsts‘ heutiger Individuen* wirkt. Am Ende der jeweiligen Absätze zu den jeweiligen Kategorien wird daher immer noch einmal explizit auf die Relevanz der jeweiligen Kategorie für zukünftige Generationen eingegangen.

Das *Argument kurzer Wahlzyklen* besagt, dass die Befristung der Regierung dazu führe, dass Politikfolgen und -ergebnisse möglichst innerhalb der Wahlperiode sichtbar gemacht werden, um die Chancen auf die Wiederwahl zu erhöhen (Thompson 2010: 19). Politiken mit hauptsächlich langfristigem Gewinn würden dagegen zu einer Form des ‚elektoralen Selbstmords‘ (Stein 1998: 426). Es beständen starke Anreize, Lösungen für langfristige Probleme zu diskontieren oder zu ignorieren, insbesondere, wenn sie mit kurzfristigen Kosten verbunden seien

(MacKenzie 2013: 28). Aufgrund der Abhängigkeit von den heutigen Wählern würden (begrenzt) rationale Politiker Politiken zugunsten nichtwählender zukünftiger Generationen nur so weit unterstützen, wie sie von den Wählern der kontemporären Generation unterstützt werden (Posner 2007: 141; Pleschberger 2007: 12–13). Das notwendige „Kalkül zur Maximierung von Wählerstimmen [...] [bildet somit] ein[en] strukturelle[n], systemimmanente[n] Anreiz“ zuungunsten der nicht wählenden zukünftigen Generationen (Tremmel 2013a: 2).

Mögliche langfristige politische Erfolge, die zukünftige Generationen begünstigen könnten, können nicht kurzfristig demonstriert werden und sind exogen und endogen bedroht: Zum einen ist die Zukunft, insbesondere externe Variablen und Einflüsse schwer vorherzusagen, zum anderen kommt es innerhalb des politischen Systems zu regelmäßigen Machtverschiebungen, die eine bestimmte langfristige Politik, die über eine Wahlperiode hinausreicht, unterminieren können (MacKenzie 2013: 29–30). Langfristige Politiken und deren Erfolge könnten von gegnerischen politischen Nachfolgern leicht ‚gekapert‘ werden, sodass die Initiatoren von ihnen nicht mehr profitieren können, wohingegen Kosten für kurzfristige Erfolge leicht in die Zukunft verschoben werden könnten (MacKenzie 2013: 31).

Das Argument kurzer Wahlzyklen rekurriert mitunter auf die Gegenwartspräferenz der Wähler, die sich auf das politische System übertragen würde. MacKenzie (2013: 31–32) argumentiert jedoch, dass ein Großteil der politischen Dynamiken, die sich aus dem Wahlzyklus ergeben, selbst dann greifen, wenn die Wähler selbst keine Gegenwartspräferenz haben. Weitsichtige Wähler würden langfristige Politiken zwar erleichtern, doch andere negative Anreize für die Politiker blieben bestehen: Langfristige politische Vorteile könnten nicht nur ausbleiben, wenn die langfristige Policy von anderen politischen Akteuren gekapert wird, sondern auch, wenn sie nicht funktioniert oder wenn die Policy von den politischen Nachfolgern zurückgenommen wird, sodass sie keine positiven Effekte zeitigen kann (MacKenzie 2013: 31–32). Der Erfolg kann nicht kurzfristig demonstriert werden. Im Vergleich zu kurzfristigen Politiken könnten Politiker bei langfristigen Politiken zwar ebenfalls behaupten, gehandelt zu haben, doch können sie auf keine konkreten Erfolge verweisen (MacKenzie 2013: 32).

Freilich gilt es zu beachten, dass demokratische Politik auch jenseits der Wahlmechanismen stattfindet (MacKenzie 2013: 32–34). Nichtsdestotrotz ist das Argument kurzer Wahlzyklen für *zukünftige Generationen* sehr relevant. So sind gerade die langfristigen Politikfolgen für zukünftige Generationen wichtig. Auch werden die Kosten für kurzfristige Erfolge mitunter in die Zukunft verschoben. Zudem haben selbst die unmittelbar nach t_0 geborenen Mitglieder zukünftiger Generationen keinen oder zumindest einen unterdurchschnittlich niedrigen elektoralen Einfluss auf die heutige Politik: Wenn sie im Wahlalter sind, ist der Großteil der heutigen Mandatsträger nicht mehr im Amt. Heutige Politiker können daher meist nicht einmal langfristig von zukünftigen Generationen profitieren und brauchen sie daher auch nicht in ihren Wiederwahlkalkulationen berücksichtigen.

Nicht nur einzelne Politiker, auch *Parteien* können ihr möglicherweise zukunftsfreundliches Programm nur dann implementieren, wenn sie Wahlerfolge vorweisen können. Parteien sind daher ebenfalls dem gegenwartspräferenzfördernden Wahlmechanismus unterworfen. Allerdings haben Parteien häufig eine längere politische Lebensdauer als einzelne Politiker. Sind Parteien und mit ihnen Parteipolitiker daher weniger anfällig für die demokratische Gegenwartspräferenz? Nicht unbedingt. Selbst wenn die Parteimitglieder und -funktionäre ihre Partei und deren langfristigen Erfolg und deren Programm als Selbstzweck betrachten, bedeutet dies nicht zwingend, dass sie Politik explizit zugunsten zukünftiger Generationen machen in der Hoffnung, von diesen später einmal gewählt zu werden. Der Erfolg einer solchen Strategie würde voraussetzen, dass ein Großteil der zukünftigen Generationen (so wie in diesem Buch definiert) stark retrospektiv wählt. Bleiben Wahlalter und Wahlperioden unverändert, müssten die betreffenden zukünftigen Wähler dann mindestens 18 Jahre in die Vergangenheit blicken und die politische Performanz der Parteien zu dieser Zeit zur Grundlage ihrer Wahlentscheidung machen. Dies erscheint angesichts der Erkenntnisse aus der Wählerforschung als recht unwahrscheinlich (vgl. z.B. Healy/Malhotra 2013). Bei den betreffenden zukünftigen Wählern setzt dies historisches Wissen voraus. Auch wandeln sich Parteien über die Zeit sowohl personell als auch programmatisch, sodass die betreffenden zukünftigen Wähler letztendlich zum Zeitpunkt der Wahl eine andere Partei vorfinden würden als sie zur Beurteilung zugrunde gelegt haben würden (vgl. z.B. Fagerholm 2016; Karol

2012; Litton 2015). Auch wählen Wähler keineswegs nur retrospektiv sondern oft auch (oder nur) prospektiv oder nach anderen Kriterien (vgl. z.B. Elinder et al. 2015). Selbst wenn sie die vergangene Performanz der Parteien oder der Kandidaten ihrer Wahl zugrunde legen würden, würde sich ihre Einschätzung mit weit höherer Wahrscheinlichkeit auf die dann vergangene Wahlperiode beziehen als auf vergangene Zeiträume von 20 Jahren und mehr.

Natürlich ist damit nicht ausgeschlossen, dass Parteien tatsächlich damit rechnen, dass sie aufgrund heutiger Politiken von zukünftigen Generationen in der Zukunft unterstützt werden. Wie oben ausgeführt wurde, würde eine solche Kalkulation aber höchstwahrscheinlich nicht aufgehen und daher zumindest von reflektierten, rationalen Parteipolitikern auch nicht aufgegriffen werden. Genauso ist es möglich, dass Politiker Politiken ausschließlich zugunsten zukünftiger Generationen initiieren. Dies wäre freilich mit der überdurchschnittlich großen Gefahr verbunden, erfolglos zu sein.

Doch nicht nur Politikern wird Gegenwartspräferenz vorgeworfen, auch den *Wählern* wird unterstellt, die Zukunft über Gebühr zu diskontieren (Lagerspetz 1999: 149). Lagerspetz (1999: 149) differenziert dabei zwischen individuellen und gesellschaftlichen Langfristentscheidungen. Bei Ersteren mag Diskontieren (die geringere Bewertung späteren Nutzens gegenüber jetzigen Nutzens) unbedacht sein, bei Letzteren sei es unethisch, da Gesellschaften anders als Individuen nicht sterblich seien (Lagerspetz 1999: 149, 152–153). Dies wird von den Wählern freilich nicht immer berücksichtigt. Die politische Ebene, die für gesellschaftliche Entscheidungen zuständig ist, ist, sofern sie demokratisch ist, von den politischen Präferenzen ihrer kontemporären Bürger abhängig (Lagerspetz 1999: 159–161). Jon Elster argumentiert, dass selbst die social choice-idealtypische Aggregation von Individualpräferenzen zwar einige negative Externalitäten zwischen Mitbürgern verhindern könne, nicht aber jene Externalitäten, die zukünftige Generationen betreffen (Elster 1986: 113). Die demokratische Gegenwartspräferenz speise sich daher auch aus der Gegenwartspräferenz ihrer faktischen Konstituenten, der kontemporären Bürger, so das Argument (vgl. z.B. Thompson 2010: 17–21).

Das *Argument kurzsichtiger Wähler* (und natürlich auch Politiker) geht einher mit dem sogenannten *Motivationsproblem*, wie es insbesondere Dieter Birnbacher (z.B.

2008) ausführt. Zunächst einmal braucht es nicht nur die Motivation, Pflichten gegenüber jemandem, hier zukünftigen Generationen, anzuerkennen, sondern auch jene, diese dann anerkannten Pflichten im Verhalten zu befolgen (Birnbacher 2008: 29). Diese beiden üblichen Motivationsprobleme werden im Falle zukünftiger Generationen durch weitere Faktoren verschärft: Erstens werden die Zukunft als solche und die kausalen Folgen heutigen Handelns immer ungewisser, je weiter sie entfernt sind (Birnbacher 2008: 29). Zweitens sind zukünftige Generationen zwangsläufig anonym, man hat keine konkreten Menschen vor Augen (Birnbacher 2008: 29). Diese beiden Faktoren werden später in diesem Abschnitt noch näher beleuchtet. Drittens könnten Probleme, die primär die Zukunft betreffen, medial weit weniger ‚ansprechend‘ vermittelt werden als beispielsweise heutige Katastrophen in der Dritten Welt (Birnbacher 2008: 30). Und viertens fehlen symbolische oder reale Sanktionen durch die betroffenen zukünftigen Generationen, da sie ihre Stimme nicht erheben und die heutige Generation nicht kausal beeinflussen und damit auch nicht sanktionieren können (Birnbacher 2008: 30).

Die Kurzsichtigkeit von Wählern und deren Interaktion mit der Politik wurde in der Literatur auch empirisch untersucht. So stellten zum Beispiel Healy und Malhotra (2009) mit einer aufwendigen empirischen Analyse fest, dass die Wähler im Durchschnitt die regierende Partei in den USA belohnen, wenn diese nach Katastrophen den Betroffenen finanzielle Hilfe zukommen lässt, nicht aber, wenn die regierende Partei finanzielle Investitionen in die Katastrophenvorsorge tätigt. Danach würde sich meist auch die Politik ausrichten. Die Autoren schätzen, dass ein Dollar, der in die Vorsorge fließt, 15 Dollar im Sinne der Milderung zukünftiger Schäden entspricht, also deutlich effektiver und effizienter wäre. Jacobs und Matthews (2012) untersuchen mit einem Survey-Experiment, warum und unter welchen Bedingungen Bürger Politikfolgen diskontieren. Hierfür nennen sie drei Diskontierungsbegründungen, die in die Analyse einfließen: Erstens *reine positive Zeitpräferenz*, also das prinzipielle Höherwerten kurzfristiger Wohlfahrt gegenüber langfristiger Wohlfahrt, zweitens *Konsumglättung*, also das Ausgleichen

oder Ebenen des Einkommenszuflusses über die Zeit durch zeitigere Ausschüttungen¹², und drittens *Unsicherheit*, also Komplexität und das geringere Vertrauen in langfristige Politikversprechen (Jacobs/Matthews 2012: 904, 907–910). Im Ergebnis zeigen die Autoren, dass die Bürger tatsächlich zum Diskontieren der Zukunft neigen (Jacobs/Matthews 2012: 932). Als Erklärungen können die Autoren die reine positive Zeitpräferenz und auch die Konsumglättungsthese für ihren Fall nicht bestätigen (Jacobs/Matthews 2012: 920–924). Dagegen kann Unsicherheit, insbesondere jene, die sich aus der Komplexität der Policy ergibt, die Gegenwartspräferenz der Bürger recht gut erklären (Jacobs/Matthews 2012: 924–926). Auch konnten die Autoren ihre These bestätigen, dass Bürger, die ein sehr hohes Vertrauen in die Politik haben, für Gegenwartspräferenz kaum anfällig sind, wohingegen misstrauische Bürger eher diskontieren, weil sie der Politik nicht zutrauen, die Policy mit primär langfristigem Nutzen (hier: Sozialreform) tatsächlich korrekt über die Zeit hinweg durchzuführen (Jacobs/Matthews 2012: 926–927). Die Erkenntnisse zu den Gründen der Gegenwartspräferenz sind wichtig, um diese ggf. reduzieren zu können (MacKenzie 2013: 36).

Die Kurzsichtigkeit der Wähler oder allgemeiner von Menschen ist für *zukünftige Generationen* relevant. Sofern Wähler bereits jene langfristigen Politiken diskontieren, von denen sie später einmal selbst profitieren könnten, erscheint es als recht unwahrscheinlich, dass sie langfristige Politiken zugunsten unbekannter Dritter (d.h. zukünftiger Generationen) unterstützen. Das Motivationsproblem deutet zudem darauf hin, dass die meisten Wähler und Politiker zukünftige Generationen nicht allein schon aus moralischen Gründen hinreichend berücksichtigen würden. Die Kurzsichtigkeit der Wähler ist zudem ein wichtiger Bestandteil der systemischen Anreize zur Gegenwartspräferenz in der politischen Arena.

Angehörige zukünftiger Generationen können heute nicht politisch partizipieren, um die Gegenwartspräferenz von Wählern und Politikern auszugleichen.

¹² Erläuterung: Es kann sich lohnen, Wohlfahrtsgewinne in die Zeit zu verlegen, in der der Betroffene über die geringsten Ressourcen verfügt, da dort der Nutzen der zusätzlichen Wohlfahrt unter der Annahme eines abnehmenden Grenznutzens am höchsten ist. Erwartet eine Person ein über die Zeit steigendes Wohlfahrtseinkommen, ist eine zeitnahe Ausschüttung vorteilhaft (vgl. hierzu Jacobs/Matthews 2012: 907–908).

Das Argument der *fehlenden Präsenz zukünftiger Generationen* besagt, dass Demokratien gegenwartsfixiert sind, da die betroffenen zukünftigen Generationen aufgrund ihrer Noch-Nicht-Existenz die Politik nicht aktiv mitgestalten können (MacKenzie 2013: 62). So argumentiert Tremmel (2006: 189), dass sich die Mehrheiten bezüglich der Energie- und Finanzpolitik mit einem Schlag stark ändern würden, wenn allein jene ebenfalls ein Stimmrecht hätten, die in den nächsten zweihundert Jahren geboren würden. “This fundamental dilemma of democracy leads to a preference for the present and to oblivion with regard to the future“, folgert er (Tremmel 2006: 189). Doeleman und Sandler (1998) untersuchen dieses Problem als “The Intergenerational Case of Missing Markets and Missing Voters”: Die Sequenzierung der Generationen gewähre der heutigen Generation einen Erstbeweger-Vorteil, wodurch diese ihre eigene Wohlfahrt optimieren könne, ohne auf die Konsequenzen für zukünftige Generationen achten zu müssen (Doeleman/Sandler 1998: 1). Gardiner (2001) spricht bei Problemen, die heute verursacht und gelöst werden können aber erst in entfernter Zukunft wirken, in Anlehnung an Hardin von der ‘echten Tragödie der Allmende’, da deren heutige Lösung aufgrund der fehlenden Präsenz und Sanktionsmöglichkeit der Betroffenen sehr unwahrscheinlich sei. Die fehlende Präsenz zukünftiger Generationen ruft die sich auf das Betroffenheitsprinzip stützende Forderung nach der politischen Repräsentation zukünftiger Generationen erst auf den Plan.

Weitere wichtige Faktoren, die die demokratische Gegenwartspräferenz begünstigen können, sind die *Komplexität langfristiger Politiken*, die *Unsicherheit über zukünftige wirtschaftliche, gesellschaftliche, natürliche und politische Entwicklungen, Politikfolgen, zukünftige Probleme und die Interessen zukünftiger Generationen*, sowie die *fehlende heutige Salienz zukünftiger Probleme*. Diese Faktoren können auch die Dynamiken politischer und die individueller Gegenwartspräferenz verstärken. Das *Komplexitätsargument* lautet, dass die Bürger mit der Komplexität, die mit langfristigen Politiken meist einhergeht, nicht umgehen können und demnach auch nicht entscheiden können, was nötig ist, um beispielsweise zukünftige Katastrophen zu vermeiden (MacKenzie 2013: 52). Jacobs und Matthews (2012: 924–926) konnten die Komplexität als eine Ursache für die individuelle Diskontierung der Zukunft empirisch bestätigen.

Unsicherheit als ein Faktor, der die demokratische Gegenwartspräferenz begünstigt, lässt sich weiter ausdifferenzieren. Lagerspetz (1999: 153) unterscheidet drei Quellen von Unsicherheit: Erstens Unsicherheit über die Konsequenzen von Entscheidungen, zweitens Unsicherheit über relevantes zukünftiges Wissen und zukünftige Technologien und drittens Unsicherheit über zukünftige Präferenzen. Zum ersten habe die Entwicklung der modernen Wissenschaften und Technologien zwar unsere Möglichkeiten, Handlungsfolgen abzuschätzen, verbessert, doch würde unsere zugleich zunehmende Handlungsmacht diesen Gewinn an Vorhersagekraft überkompensieren, sodass wir relativ gesehen heute weniger wüssten als vor 500 Jahren (Lagerspetz 1999: 154). Insbesondere komplexe Politiken sind in ihrer Wirkung von so vielen externen Faktoren abhängig, dass die Wirkungen dieser Politiken deutlich schwerer zu prognostizieren sind, je später diese eintreffen sollen (Jacobs/Matthews 2012: 908f.). Damit ist noch nicht gesagt, ob diese Wirkung positiver oder negativer ausfällt als erwartet, doch begünstigten Risikoaversität und der (nicht nur mediale) Negativismus-Bias die negative Erwartungshaltung und damit die Gegenwartspräferenz (Jacobs/Matthews 2012: 909).

Zum zweiten können wir zwar versuchen, Vorhersagen über die Zukunft zu machen, doch können wir nicht wirklich wissen, welches Wissen und welche Technologien dort zur Verfügung stehen werden (Lagerspetz 1999: 154). Die Annahme einer über die Zeit ansteigenden Lernkurve menschlichen Wissens sei zwar plausibel, aber zumindest kein korrektes Bild der Vergangenheit (Lagerspetz 1999: 154). Auch der schnelle gesellschaftliche, politische und technische Wandel lässt Zukunftsprognosen heute schnell hinfällig werden, wohingegen vor wenigen Jahrhunderten die jeweils erste zukünftige Generation nicht viel anders gelebt habe als die damalige ‚heutige Generation‘ (MacKenzie 2013: 3–4).

Zum Dritten kennen wir die Präferenzen zukünftiger Generationen jenseits menschlicher Grundbedürfnisse nicht: So erscheine es zwar als plausibel, die Ozonschicht zu schützen, doch sei beispielsweise unklar, ob wir einen bestimmten Wald für die Zukunft erhalten sollten oder ob zukünftige Generationen nicht einen langfristig wirksamen Wohlfahrtsgewinn aus seiner Abholzung bevorzugen

würden, zumal bezweifelbar sei, dass sie den Wald überhaupt vermissen würden (Lagerspetz 1999: 154–155).

Erwartete zukünftige Probleme, die heute gelöst oder gemindert werden sollten, haben zudem häufig mit dem Problem einer fehlenden oder geringen *Salienz* zu kämpfen. Ereignisse wie beispielsweise akute Krisen und Unglücke rücken ein Thema oder Problem in den Fokus von Politik und Öffentlichkeit und können zum Handeln motivieren (Jacobs 2011: 48). Probleme, die noch nicht aufgetreten, abstrakt oder schleichend sind, sind in der Regel nicht salient und werden daher nicht als wichtig wahrgenommen. Langfristige Politikergebnisse seien auch aufgrund der schlechteren Informationslage zu diesen weniger salient als kurzfristige Politikergebnisse, zu denen Informationen in der Regel zur Verfügung stehen (Jacobs/Matthews 2012: 911).

Komplexität, Unsicherheit und fehlende Salienz wirken sich selbstverständlich auch auf *zukünftige Generationen* aus. Wenn Probleme, die in der Zukunft wirken und heute Investitionen erfordern, aufgrund dieser Faktoren nicht politisch adressiert werden, geht das primär zu ihren Lasten. Und selbst wenn die heutige Generation zukünftige Generationen berücksichtigen möchte, kann das Problem der Unsicherheit es erschweren, dies in angemessener Weise zu tun. Was folgt aus der demokratischen Gegenwartspräferenz für die politische Repräsentation zukünftiger Generationen?

2.3.3 Implikationen für die politische Repräsentation zukünftiger Generationen

Zunächst einmal wird aus den Ausführungen zur demokratischen Gegenwartspräferenz ersichtlich, dass dieser Argumentation zufolge das demokratische Anreizsystem in der Regel zukünftige Generationen als ebenfalls von heutiger Politik betroffene benachteiligt. Die demokratische Gegenwartspräferenz impliziert daher *erstens*, dass *Institutionen* zur politischen Repräsentation zukünftiger Generationen, d.h. ‚Proxys‘, benötigt werden, wenn man dem demokratischen Betroffenenprinzip gerecht werden möchte. Lagerspetz folgert aus seinen Ausführungen zur demokratischen Gegenwartspräferenz, “what we need is, if not a new theory, at least new viewpoints and new conceptual apparatuses with which to handle these problems” (Lagerspetz 1999: 162). Krishnakumar (2009:

27) verbleibt nicht auf der theoretischen Ebene und konstatiert, dass Politiker keinen Anreiz hätten, schwache Konstituenten wie zukünftige Generationen angemessen zu berücksichtigen, weshalb er die Einführung eines “representation reinforcing frameworks” fordert. Auch Dieter Birnbacher fordert zur Bewältigung des Motivationsproblems Institutionen zur Selbstbindung (Birnbacher 2008: 34–38). Diese Institutionen könnten die Politik indirekt motivieren, wenn eine direkte Motivation nicht zuverlässig sei (Birnbacher 2008: 34–35). Vorstellbar sei eine ‘interne Selbstbindung’ wie ein Verfassungsartikel (z.B. Art. 20a GG) oder die Einsetzung von Beratungsgremien wie den Nachhaltigkeitsrat, deren Empfehlungen allerdings nicht verbindlich sind (Birnbacher 2008: 36). Goodin (1996: insb. S. 844; 2000: insb. S. 98–99) tritt mit seinem ‘encapsulated interests’-Ansatz für den Versuch ein, die Interessen zukünftiger Generationen gewissermaßen in den oberen Bereich der Präferenzordnungen der Mitglieder der heutigen Generation ‘einzuschleusen’, um sie so politisch zu berücksichtigen. Demgegenüber sei eine ‘externe Selbstbindung’ durch durchsetzungsfähige Institutionen, die die Interessen zukünftiger Generationen wahrnehmen, effektiver, wenn auch demokratietheoretisch heikler (Birnbacher 2008: 36–39).

Die demokratische Gegenwartspräferenz impliziert *zweitens*, dass die *Institutionalisierung* von Institutionen mit hohem Wirkungspotenzial (etwa im Sinne der Birnbacher’schen externen Selbstbindung) selbst auf Widerstand treffen würde und daher unwahrscheinlich ist. Wirkungsvolle Proxys für zukünftige Generationen könnten das demokratische Anreizsystem zwar verändern, doch deren Institutionalisierung könnte die Möglichkeiten für heutige Politiker, kurzfristige Erfolge für die eigene Wählerschaft zu demonstrieren, einschränken. Die heutige Generation selbst profitiert nicht unmittelbar von der politischen Repräsentation zukünftiger Generationen, sondern muss vielmehr die Kosten der Unterhaltung der Proxys tragen und damit rechnen, auf manche für sie vorteilhafte Politiken verzichten zu müssen und langfristige Investitionen zu tätigen, die sich erst spät in der Zukunft auszahlen. Die Politiker würden also ihre eigene Handlungsfreiheit beschränken, ohne dafür unmittelbaren politischen Lohn erwarten zu können. Angesichts der angenommenen Gegenwartspräferenz durchschnittlicher Wähler und der fehlenden Präsenz zukünftiger Generationen fehlt zudem

schlichtweg ein externer Anreiz, zukünftige Generationen politisch zu repräsentieren. Das eigentliche Problem der politischen Repräsentation zukünftiger Generationen sei daher die *politische Machbarkeit* (Kates 2015). Die Institutionalisierung von wirkmächtigen Repräsentationsproxys unterliegt dem ‚*Münchhausen-Problem*‘ (‘the bootstrap objection’): Die Abschwächung der demokratischen Gegenwartspräferenz durch die Institutionalisierung von Proxys mit hohem Wirkungspotenzial ist selbst der demokratischen Gegenwartspräferenz unterworfen, die Institutionalisierung der Proxys setzt also das voraus, was sie bewirken möchte (Kates 2015: 514–516). Daraus folgt, dass die normativ geforderte Institutionalisierung von Proxys mit hohem Wirkungspotenzial, sofern sie wie beispielsweise in Israel tatsächlich stattfindet (bzw. stattfand), aus Sicht der demokratischen Gegenwartspräferenz besonders erklärungsbedürftig ist. So geht Kates (2015) davon aus, dass erst Veränderungen des institutionellen Anreizsystems nötig sind, die die demokratische Gegenwartspräferenz reduzieren, bevor Institutionen zur politischen Repräsentation zukünftiger Generationen institutionalisiert werden können. Diese Forschungsarbeit soll erste Antworten zu der Frage entwickeln, unter welchen Rahmenbedingungen die Institutionalisierung von Proxys mit hohem Wirkungspotenzial möglich wird.¹³

Drittens lässt sich das Problem der *Unsicherheit* mithilfe von Proxy-Repräsentanten nicht endgültig lösen, sondern nur verlagern. Natürlich können die Proxys die Politik dazu auffordern, sich intensiver mit Politikfolgen, der Zukunft, langfristigen Politiken und den Interessen zukünftiger Generationen zu beschäftigen. Auch können sie möglicherweise die Salienz erhöhen und die voraussichtlichen Probleme und Interessen zukünftiger Generationen öffentlicher Aufmerksamkeit aussetzen. Auch können Ressourcen investiert werden, um die Komplexität langfristiger Politiken besser zu erfassen. Dies ändert aber nichts daran, dass unser Wissen über die zukünftigen gesellschaftlichen, natürlichen und politischen Entwicklungen weit weniger sicher ist als jenes über die Gegenwart. Politikfolgen und zukünftige Probleme können nur abgeschätzt werden. Prognosen werden umso unzuverlässiger, je weiter die prognostizierte Zukunft entfernt ist. Auch die

¹³ Diese dritte untergeordnete Forschungsfrage dieser Arbeit wird primär in den Kapiteln 5 und 7 bearbeitet.

Proxys müssen sich diesen Problemen sowie der Aufgabe stellen, die Interessen zukünftiger Generationen zu bestimmen, die berücksichtigt werden sollen. Jenseits der Befriedigung von Grundbedürfnissen und möglicherweise der Garantie universaler Menschenrechte sind diese mit großer Unsicherheit und der Gefahr eines übertriebenen Paternalismus verbunden. Und selbst wenn die zukünftigen Interessen zukünftiger Generationen klar determiniert wären, bestände immer noch große Unsicherheit darüber, wie ihnen heute konkret am besten gedient werden könnte. Um diese Probleme abzumildern, wird in der Literatur beispielsweise gefordert, das öffentliche Bewusstsein für zukünftige Generationen (Slaughter 1994: 1083–4) und die Zukunftsforschung (Slaughter 1994: 1083; Sprinz 2012: 69) zu fördern.

Kavka und Warren (1983: 24–25) argumentieren, dass wir trotz aller Unsicherheit und Komplexität immer noch genug über die Interessen zukünftiger Generationen und die Politikfolgen wissen, um zukünftige Generationen repräsentieren zu können: Zukünftige Generationen werden ähnliche Bedürfnisse nach Nahrung, sauberer Luft und sauberem Wasser und Schutz etc. haben wie wir und es werde in ihrem Interesse sein, dass sie über die Mittel verfügen, um ihre Bedürfnisse erfüllen zu können, wie beispielsweise bewirtschaftbaren Boden, zuverlässige Energiequellen und diverse Mineralien (Kavka/Warren 1983: 25). Auch Dobson (1996: 131–132) weist darauf hin, dass wir trotz aller Unsicherheit davon ausgehen können, dass zukünftige Generationen existieren werden, ihre Interessen repräsentationsfähig sind und sie ziemlich sicher eine lebenswerte Umwelt haben werden wollen sowie die Möglichkeit, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen. Kavka und Warren (1983: 25) argumentieren des Weiteren, dass wir vernünftigerweise einige Prognosen zu Politiken machen können, die wahrscheinlich die Lebensqualität zumindest eines Teils der zukünftigen Generationen negativ beeinträchtigen werden, wie zum Beispiel die Degradation der Umwelt oder die Folgen der Atomkraft. Überzufällige probabilistische Schätzungen über Politikfolgen und die Interessen von Konstituenten seien für die Repräsentationsfähigkeit derselben hinreichend (Kavka/Warren 1983: 25). Absolute Sicherheit sei nicht notwendig, andernfalls würden sich auch ‚herkömmliche‘ Fälle von Repräsentation als solche disqualifizieren (Kavka/Warren 1983: 25). Es gibt also trotz

der erläuterten Probleme keinen überzeugenden Grund anzunehmen, dass zukünftige Generationen in demokratischen politischen Systemen nicht repräsentiert werden könnten (Kavka/Warren 1983: 25). Eine vollständige Auflösung der demokratischen Gegenwartspräferenz als ein Ausgangspunkt der Aporie der Demokratie scheint, nicht zuletzt aufgrund des fortbestehenden Unsicherheits- und Komplexitätsproblems und der Nichtanwesenheit zukünftiger Generationen, jedoch nicht erreichbar zu sein.

2.4 Zusammenfassung

Der Begriff ‚zukünftige Generationen‘ basiert auf einem chronologisch-intertemporalen Generationenverständnis und meint in diesem Buch alle zum Zeitpunkt des Sprechakts noch nicht geborenen Menschen. Sie sind von anderen von heutiger Politik zukünftig betroffenen Konstituenten zu unterscheiden. Zukünftige Generationen sind abstrakt, nicht individualisiert, zeitlich nachgelagert und zum Zeitpunkt der relevanten politischen Entscheidungen noch nicht existent. Daher stehen sie eine klassische Repräsentationsbeziehung nicht zur Verfügung. Die Interessen von Kindern und ‚zukünftigen Selbsts‘ heutiger Bürger können hingegen von den kontemporären Wählern und deren Repräsentanten leichter wahrgenommen werden, sie sind weniger benachteiligt als zukünftige Generationen.

Für die politische Repräsentation zukünftiger Generationen werden in der Literatur viele *Argumente* angeführt. Aus politikwissenschaftlicher Sicht ist das demokratietheoretisch grundlegende *Betroffenheitsprinzip* sicher das wichtigste Argument. In der Literatur finden sich zwei Interpretationen. Nach der ersten, in der zukünftige-Generationen-Literatur dominierenden Interpretation sollen all jene Einfluss (Input) auf den politischen Entscheidungsprozess haben, die von den Folgen des Outputs eines bestimmten demokratischen politisch-administrativen Systems in irgendeiner Weise kausal betroffen sein könnten. Nach der zweiten Interpretation des Betroffenheitsprinzips sollen all jene im politischen Entscheidungsprozess berücksichtigt werden (Input), die vom Output eines bestimmten politisch-administrativen Systems rechtlich gebunden werden. Es konnte nach-

gewiesen werden, dass beide Interpretationen auf zukünftige Generationen anwendbar sind, wobei die erste Interpretation das stärkere Argument zugunsten der politischen Repräsentation zukünftiger Generationen darstellt.

Die Betroffenheit zukünftiger Generationen durch unser (Nicht-)Handeln gibt auch Ethikern Anlass, über den moralischen Status zukünftiger Generationen und unsere Beziehung zu ihnen zu reflektieren. Der Diskurs um *intergenerationale Gerechtigkeit* lässt sich idealtypisch in einen Suffizienz- und einen Egalitarismus-Ansatz differenzieren. Im *Suffizienz-Ansatz* argumentieren John Rawls (1979) und andere, dass die heutige Generation dafür Sorge tragen soll, dass den Angehörigen zukünftiger Generationen ein bestimmtes Maß an unterschiedlich definierten Gütern zur Verfügung stehen wird um bestimmte Zielerreichungen zu ermöglichen. Vertreter eines eher *egalitären Ansatzes* (z.B. Birnbacher 1977, Tremmel 2012 und Weiss 1989) fordern hingegen, den Nutzen über alle Generationen hinweg zu erhalten oder zu maximieren und der jeweils folgenden zukünftigen Generation nicht weniger zu hinterlassen, als man selbst von der vorangegangenen Generation erhalten hat. Im *Rechte-Diskurs* wird diskutiert, welche Rechte Angehörige zukünftiger Generationen haben werden und welche Pflichten sich ggf. daraus für uns heute ergeben. Ein anderes ethisches Stichwort lautet *„Zukunftsverantwortung“* (Jonas, Birnbacher). Birnbacher (2008) argumentiert, dass bereits unser Wissen um ein Risiko irreversibler Folgen unseres (Nicht-)Handelns für zukünftige Generationen ausreicht, um uns Verantwortung zuzuschreiben.

Das wichtigste und meistdiskutierte philosophische Gegenargument gegen die moralische Berücksichtigung zukünftiger Generationen ist das sogenannte *Nichtidentitätsproblem* (Non-Identity Problem). Dieses besagt vereinfacht gesagt, dass zukünftigen Individuen kein Unrecht getan werden könne, da ihre Existenz als spezifisches Individuum u.a. kausal von staatlichen Politiken abhängig sei. Das Nichtidentitätsproblem überzeugt bei Fragen der Proxy-Repräsentation jedoch nicht.

Moderne Demokratien können mit Sartori (2006) als liberale Demokratien im weiteren Sinne verstanden werden, die sich über freie Wahlen und substantielle Freiheitsrechte charakterisieren lassen. Diese allgemeine Definition wird in dieser Forschungsarbeit mit dem Freiheitsindex von Freedom House operationalisiert.

Sofern sich moderne Demokratien dem Betroffenheitsprinzip verpflichtet fühlen, lässt sich von ihnen die politische Repräsentation zukünftiger Generationen fordern. Zugleich sind sie aber der sogenannten ‚*demokratischen Gegenwartspräferenz*‘ unterworfen. In der Literatur werden kurze Wahlzyklen, kurzsichtige Wähler, die fehlende Präsenz zukünftiger Generationen sowie Komplexität, Unsicherheit und fehlende Salienz als Ursachen dieses ‚zukunftsfeindlichen‘ demokratischen Anreizsystems identifiziert. Die Gegenwartspräferenz trägt damit zur Aporie der Demokratie hinsichtlich zukünftiger Generationen bei.

Aus dem Problem der demokratischen Gegenwartspräferenz lassen sich *drei Implikationen* ableiten. Erstens erscheint es als notwendig, Proxys zur politischen Repräsentation zukünftiger Generationen zu institutionalisieren, wenn die demokratische Gegenwartspräferenz abgemildert werden soll. Zweitens ist solch ein Vorhaben u.U. mit dem ‚Münchhausen-Problem‘ konfrontiert. Insbesondere die Institutionalisierung von Proxys mit hohem Wirkungspotenzial setzt das voraus, was sie zeitigen möchte, nämlich eine Minderung der demokratischen Gegenwartspräferenz. Sie ist daher besonders erklärungsbedürftig. Drittens kann insbesondere das Problem der Unsicherheit durch Proxys nicht aufgelöst werden. Nichtsdestotrotz lässt sich u.a. mit Kavka und Warren (1983) sowie Dobson (1996) konstatieren, dass zukünftige Generationen repräsentationsfähig sind, da sowohl die Folgen heutiger Politik als auch die Interessen zukünftiger Generationen probabilistisch überzufällig bestimmt werden können. Im folgenden Kapitel soll diese politische Repräsentation zukünftiger Generationen repräsentationstheoretisch konzeptualisiert werden.

Zukünftige Generationen in der heutigen Demokratie

Theorie und Praxis der Proxy-Repräsentation

Rose, M.

2018, XXII, 562 S. 19 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-18845-0